



**Parlamentssitzung vom 19.06.2023**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 22:45 Uhr

**Vorsitz**

Tatjana Rothenbühler (FDP), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Arlette Münger (SP Frauen), 1. Vizepräsidentin  
Casimir von Arx (GLP), 2. Vizepräsident  
Christine Müller (Grüne), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Michaela Bajraktar (JUSO)  
Beat Biedermann (Die Mitte)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Adrian Burren (SVP)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Vanda Descombes (SP Frauen)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Lukas Erni (Grüne)  
Isabelle Feller (Junge Grüne)  
Rahel Gall (SP Frauen)  
Michael Gerber (GLP)

Kathrin Gilgen (SVP)  
Beat Haari (FDP)  
Andreas Hauser (GLP)  
Daniel Hofer (Grüne)  
Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Selin Lopez (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Simon Stocker (Junge Grüne)  
Matthias Stöckli (SP Männer)  
Katja Streiff (EVP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Verena Remund-von Känel

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Claudia Cepeda Fria (SP Frauen)

PAR 2023/41

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 22.5.2023**  
Beschluss
3. **Klimaschutzreglement**  
Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe
4. **V2102 Motion (Junge Grüne, Grüne) "Klimaschutzreglement für Köniz"**  
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
5. **V1938 Motion (Junge Grüne, Grüne, Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und SP) "Klima Massnahmenpaket für Köniz"**  
Kenntnisnahme und Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
6. **Schulkommission 2023-2026, Ersatzwahl**  
Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen
7. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Tatjana Röthlisberger:** Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch und auch die Gäste auf der Tribüne ganz herzlich zu dieser Sitzung vom 19. Juni. Schön, dass ihr so zahlreich erschienen seid.

Seit der letzten Sitzung hatten Geburtstag: Rahel Gall, Géraldine Boesch, Vanda Descombes und Tanja Bauer. Und diese Woche werden Roland Sonderegger und Katja Streiff noch Geburtstag haben. Ich ziehe dies vor, weil ich weiss, dass du Katja, nächste Woche nicht hier sein wirst. Ich wünsche euch von Herzen alles Gute zu eurem Geburtstag und vor allem alles Gute im neuen Lebensjahr.

Wir kommen zu den Entschuldigungen: Entschuldigt ist Claudia Cepeda und verspätet kommen Toni Eder und Christine Müller. Arlette Mürger wird bis zur Ankunft von Christine Müller die Stimmen zählen. Anwesend sind somit 37 Parlamentsmitglieder, das Parlament ist beschlussfähig.

Wir kommen zu den Mitteilungen: Ein Fotograf der Fachstelle Kommunikation macht heute Abend Fotos für die Aktualisierung der Webseite. Ich möchte auch die Fachstelle Kommunikation ganz herzlich begrüßen.

Zum Aktenversand: Am 16. Mai erfolgte der Vorversand zum Klimaschutzreglement und am 25. Mai wurden die restlichen Akten zugestellt. Das Protokoll vom 22. Mai ist seit 25. Mai 2023 online.

Damit kommen wir zu Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen. Gibt es Anträge zur Traktandenliste?

**David Müller, Grüne:** Ich beantragte, die Traktanden 7, 8 und 9, also die Klimatraktanden, an dritter Stelle vorzuziehen. Dies, weil wir heute Abend so viel Besuch haben, welcher wohl insbesondere an diesen Traktanden interessiert ist.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Röthlisberger:** Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Diskussion zum Antrag. Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

## **Beschluss**

David Müller beantragt, die Traktanden 7, 8 und 9 vorzuziehen.  
(Abstimmungsresultat: offensichtliches Mehr)

PAR 2023/42

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2023**

Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2023 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/43

## **Klimaschutzreglement**

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

### **1. Ausgangslage**

Mit der Überweisung der Motion V2102 "Klimaschutzreglement für Köniz" (Junge Grüne, Grüne) am 21. Juni 20221 hat das Parlament den Gemeinderat beauftragt, ihm ein Klimaschutzreglement zum Beschluss vorzulegen. Für die Beratung des Reglements hat das Parlament am 20. Juni 2022 eine nicht-ständige parlamentarische Kommission eingesetzt.

Die Kommission hat den Entwurf des Gemeinderats vom 17. August 2022 in fünf Sitzungen beraten. Die Resultate der Beratung mündeten in Empfehlungen zu Händen des Gemeinderates. Unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen verabschiedete der Gemeinderat am 10. Mai 2023 das Reglement zu Händen des Parlaments.

### **2. Dokumente**

Zu den Unterlagen gehören der Entwurf des Klimaschutzreglements und der Erläuterungsbericht. Darin wird auf die einzelnen Bestimmungen eingegangen und sie werden teils spezifiziert. Es ist vorgesehen, dass der Gemeinderat Ausführungsbestimmungen erlässt. Sie werden nach der Annahme des Reglements durch das Parlament vom Gemeinderat erarbeitet und beschlossen.

#### Hinweis zur Beschlussziffer 3

Das Monitoring wird sich in Zukunft an der Kantonalen Klima-Metrik orientieren. Die Klimagas- und Energiebilanz auf dieser Basis ist für die Gemeinde Köniz kostenlos. Der Ausgangswert sowie der daraus abgeleitete lineare Absenkpfad in Art. 2. Abs. 1 werden sich nach der Übernahme der neuen Methodik ändern. Die Zahlen aus der Klima-Metrik liegen leider noch nicht vor, sie werden für den Sommer 2023 erwartet. Das Parlament beauftragt gemäss Beschlussziffer 3 den Gemeinderat, die Zahlen vor dem Inkrafttreten des Klimaschutzreglements einzufügen. Am Zieljahr, in welchem Netto-Null erreicht werden soll, ändert sich nichts.

### 3. Rechtswirkung

Das Klimaschutzreglement ist ein allgemeinverbindliches Gemeindereglement. Es ist für die Gemeindebehörden, die Einwohnerinnen und Einwohner und für die Unternehmen in Köniz verbindlich. Im Gegensatz zu anderen Reglementen (z.B. Baureglement) ergibt sich durch das Klimaschutzreglement keine unmittelbare Rechtswirkung auf Private, sehr wohl aber für die Gemeindebehörden, welche dazu verpflichtet sind, nach den Bestimmungen des Klimaschutzreglements zu Handeln.

### 4. Bezug zum Klima-Massnahmenpaket

Das Klimaschutzreglement gibt die Ziele und die wesentlichen Stossrichtungen vor, die konkrete Benennung und Umsetzung von Massnahmen erfolgt mit dem Klimamassnahmenpaket, welches sich an den gesetzten Zielen orientiert. (siehe Traktandum Motion V1938 "Klima-Massnahmenpaket für Köniz"; Abschreibung). Aus Sicht des Gemeinderats sind die Massnahmen aus heutiger Sicht auch für das verschärfte Ziel "Netto-Null 2045" die Richtigen. Sie sind nun konsequent und rasch umzusetzen.

### 5. Finanzen

Das Klimaschutzreglement löst direkt keine Kosten für die Gemeinde aus. Die Umsetzung der Massnahmen (siehe Klima-Massnahmenpaket) führt zu Mehrkosten aber auch zu Minderausgaben für die Gemeinde. Die Massnahmen werden den finanzkompetenten Organen jeweils separat vorgelegt. Die im Reglement verankerte Spezialfinanzierung Klima wird durch Beschluss des Parlaments auf Antrag des Gemeinderats geäuft.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Klimaschutzreglement wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Das Reglement tritt per 1.3.2024 in Kraft.
3. Das Parlament beauftragt den Gemeinderat, den Ausgangswert sowie den daraus abgeleiteten linearen Absenkpfad in Art. 2 Abs. 1 nach der Kantonalen Klimametrik bis zum Inkrafttreten anzupassen.

Köniz, 10. Mai 2023

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) Klimaschutzreglement, Entwurf
- 2) Erläuterungsbericht

### Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler:** Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Beschluss der Direktion Umwelt und Betriebe. Es liegt ein Bericht und ein Antrag des Gemeinderates mit dem Erläuterungsbericht und dem Reglementsentwurf vor und wir haben noch Tischvorlagen. Folgendes Vorgehen ist vorgesehen: Der Präsident der beratenden Kommission hat zuerst das Wort. Dann kommen wir zu den allgemeinen Voten zur Vorlage der Fraktionen, Einzelvoten und dann der Gemeinderat. Und dann kommen wir in die Detailberatung zum Reglementsentwurf.

Mit Mail vom 12. Juni 2023 an das Parlament habe ich darauf hingewiesen, dass Anträge zum Reglementsentwurf schriftlich vorliegen müssen.

**Präsident der Klimakommission, Michael Gerber:** Im Namen der Klimakommission will ich zuerst einmal einige Dankeschöns aussprechen: Zuerst dem Gemeinderat, für die gute Vorlage und auch für sein Entgegenkommen bei einigen von unseren Empfehlungen. Unser grosser Dank gilt aber vor allem Chantal Fuchs, sie hat uns in jeder Hinsicht bei unserer Arbeit in der Kommission super unterstützt. Und herzlichen Dank auch der Fachstelle Parlament, also auch Verena Remund, welche dies alles vorbereitet hat und natürlich der Direktion für Umwelt und Betriebe, an Hansueli Pestalozzi, Daniel Gilgen, Adrian Stämpfli, für die professionelle Begleitung. Und auch der Fachstelle Recht für die wiederholte Prüfung unserer Vorschläge.

Die Klimakommission hat den Entwurf des Gemeinderates vom 17. August 2022 in fünf Sitzungen beraten. Die Resultate der Beratung sind dann in Empfehlungen zu Händen des Gemeinderates gemündet. Und unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen hat dann der Gemeinderat am 10. Mai 2023 das Reglement zu Händen des Parlaments verabschiedet.

Am 1. Juni hat sich dann die Klimakommission zum letzten Mal getroffen und bei dieser Gelegenheit die überarbeitete Vorlage des Gemeinderates beraten. Ein Mitglied war krankheitshalber abwesend, darum waren die Abstimmungsverhältnisse, welche ihr bereits gesehen habt, anders, als das Total der Kommissionsmitglieder.

Der erste Beschluss der Klimakommission war, dass wir festgestellt haben, dass alle für diesen Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorgelegen haben. Dieses Abstimmungsergebnis war denn auch einstimmig.

Dann war eine Mehrheit der Klimakommission noch nicht in allen Punkten mit dem Gemeinderat einig. Darum empfiehlt sie dem Parlament im zweiten Beschluss, den Anträgen des Gemeinderates mit Änderungen gemäss Beilage, welche ihr auf der Tischvorlage findet, zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war hier 5 dafür und 1 dagegen.

Ihr konntet die Anträge der Klimakommission auf der Tischvorlage zur Kenntnis nehmen. Ihr habt auch die Begründungen für diese Anträge mit dem frühzeitigen Versand erhalten. Darum will ich nur noch ganz kurz einige Erläuterungen zu den einzelnen Anträgen der Klimakommission ergänzen.

- Zuerst zu Artikel 1 - also zum Antrag Nr. 1 auf der Tischvorlage - zu den Zertifikaten: Eine Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass die Gemeinde nach Möglichkeit auf Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasemissionen verzichten soll, aber wenn die Gemeinde irgendwann doch unbedingt noch darauf angewiesen sein sollte, Zertifikate zu erwerben, zum Beispiel, wenn gewisse Treibhausgasemissionen nicht anders vermieden werden können oder zeitlich eine Überbrückung notwendig ist und um den Absenkpfad einhalten zu können, dann soll es trotzdem möglich sein. Aber, nur unter der Bedingung, dass es sich um Zertifikate handelt, welche den international anerkannten Mindeststandards eines Goldstandards gerecht werden. Nach Möglichkeit, sollen auch lokale Zertifikate bevorzugt werden. Bei dieser Empfehlung orientiert sich die Klimakommission übrigens auch an den Städten und ihren entsprechenden Reglementen in Bern und Biel.
- Dann haben wir bei Artikel 3, im Absatz 1 – das ist in der Tischvorlage der Antrag 5 – noch die Landwirtschaft aufgenommen. Dies, weil eine Kommissionsmehrheit dem Parlament empfiehlt, dass man nicht nur die grauen Emissionen erwähnt, sondern auch jene, welche es in der Landwirtschaft gibt. Das sind immerhin doch 15%, also ein wesentlicher Anteil der gesamten Emissionen. Aber mit dieser Empfehlung dieser Ergänzung gibt es keine Verpflichtung, welche geschaffen würde, sondern es wird einfach festgehalten, dass die Gemeinde sich bei den grauen Emissionen dafür einsetzen soll, Treibhausgasemissionen in jedem Bereich und überall zu reduzieren, wo sie auch anfallen - also auch in eigenen landwirtschaftlichen Parzellen zum Beispiel. Es muss auch noch gesagt werden, dass die Reduktion der Emissionen aus der Landwirtschaft nicht im vorgeschlagenen verbindlichen Absenkpfad eingerechnet sind und sonst eigentlich nirgends im ganzen Reglement erscheinen.
- Dann zu Artikel 3, Absatz 2 – das wäre auf der Tischvorlage der Antrag 6: Dort beantragt die Klimakommission, dass es auch noch einen Zusatz zur Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen gibt. Die Gemeinde macht hier ja eigentlich auch schon einiges und es ist darum eine Mehrheit der Klimakommission dafür, dass man dies aufnimmt und es ist nicht ganz nachvollziehbar, warum der Gemeinderat diesen Zusatz nicht will.
- Dann spricht sich die Klimakommission dafür aus, dass sich die Gemeinde im Rahmen ihrer Kompetenzen bei der Pensionskasse für klimaverträgliche Finanzflüsse einsetzt. Diese sollen in einem zusätzlichen Artikel zwischen Art. 3 und 4 festgehalten werden.

Die Klimakommission ist sich bewusst, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde in diesem Bereich limitiert ist und der Gemeinderat keine Detailinstruktionen an seine delegierten Mitglieder abgeben kann. Aber es spricht auch nichts dagegen, dass sich diese im Einklang mit der Könizer Klimastrategie und dem Klimareglement einsetzen, wie dies eigentlich in der Stadt Bern zum Beispiel, üblich ist.

- Dann kommen wir zu einem Schlüsselartikel im ganzen Klimareglement, nämlich zu Artikel 7, zur Spezialfinanzierung: Auch hier ist wiederum eine Mehrheit der Klimakommission der Auffassung, dass man etwas genauer sagen müsste, für was dieses Geld der Spezialfinanzierung genau eingesetzt werden soll – das wäre in Absatz 2 – und welche Mittel dafür vorgesehen werden sollen - das wäre dann im Absatz 5.

Kurz zum Absatz 2: Wie ihr in den Empfehlungen der Klimakommission entnehmen könnt, verlangt sie zuerst, dass auch Massnahmen von Privaten unterstützt werden können, wenn es nicht anders möglich ist oder wirtschaftlich nicht anders tragbar wäre. Dieser Vorschlag des Buchstaben a) hat ausserhalb der Klimakommission offenbar zu Diskussionen geführt, wie ich gehört habe, weil er etwas offen formuliert sei. Ich habe ihn darum nochmals rechtlich prüfen lassen und die Fachstelle Recht hat zurückgemeldet, dass die Gemeinde die Bedingungen für die Unterstützung von Privaten nachträglich, ich zitiere: "modulartig um Förderbestimmungen ergänzen und Einzelheiten auf tieferer Stufe regeln kann, ähnlich, wie es der Kanton macht." Was also offenbar am Anfang als Nachteil gesehen wurde, hat sich sogar als Vorteil für den Gemeinderat herausgestellt, weil er die konkreten Möglichkeiten zur Unterstützung von Privaten selber ausarbeiten kann. Danach kann er im Bedarfsfall - wie von der Fachstelle Recht vorgeschlagen - dem Parlament eine Anpassung des Klimareglements beantragen.

Mit Buchstabe b) sollen grundsätzlich auch Pilot- und Demonstrationsprojekte finanziert werden können. Und man muss vielleicht sagen, bei beiden diesen Buchstaben liegt die Betonung klar auf dem Wort "können". Die Gemeinde entscheidet völlig autonom, welche Initiativen aus der Spezialfinanzierung sie unterstützen möchte. Um den Bedenken des Gemeinderats, dass es aufgrund dieser Zusätze auch zur Finanzierung von Massnahmen kommen könnte, die bereits von Bund und/oder Kanton gefördert werden, Rechnung zu tragen, schlägt die Klimakommission vor, auch explizit zu erwähnen, welche Massnahmen nicht unterstützt werden sollen.

Dann noch kurz zu Absatz 5 dieses Artikel 7: Dort beantragt die Klimakommission dem Parlament, auch konkrete Anteile der Erträge aus der Abgabe der Strom-, Gas- und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes oder gemäss entsprechendem Reglement für die Finanzierung vorzusehen.

- Der Klimakommission ist es wichtig, Planungssicherheit bei der Klimafinanzierung zu haben, da sonst unklar bleibt, wie viele Mittel für die Finanzierung der Massnahmen unter Absatz 2 überhaupt zur Verfügung stehen. Mit den genannten Mindestansätzen würde sich die jährliche Einlage auf rund CHF 480'000 belaufen, wie uns der Gemeinderat in seiner Stellungnahme mitgeteilt hat. Eine Mehrheit der Klimakommission findet, dass dieser Betrag vertret- und verkraftbar sei für die Gemeinde.

Der Klimakommission ist es ausserdem noch wichtig festzuhalten, dass die Umsetzung der Massnahmen – auch gemäss dem Klima-Massnahmenpaket, welches wir später noch besprechen - zwar Mehrkosten zur Folge hat, andererseits langfristig jedoch auch zu Minderausgaben für die Gemeinde führt. Die Massnahmen werden den finanzkompetenten Organen jeweils separat vorgelegt.

**Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler:** Inzwischen ist auch Toni Eder eingetroffen. Wir sind damit 38 anwesende Parlamentarier:innen.

## Allgemeiner Teil

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Michaela Bajraktar:** Als Teil der Klimakommission habe ich heute die Ehre, ein Votum zu diesem extrem wichtigen Traktandum zu halten. Köniz fällt heute Abend eine grosse Entscheidung und zwar: Netto-Null bis 2045. Ein kleiner Schritt, um die Klimakrise aufzuhalten, aber eine grosser, mit viel Arbeit verbundener Schritt für unsere Gemeinde.

Ihr habt alle das Mail von Anouk zum Klimastreik Köniz bekommen und hoffentlich auch gelesen. Und ja, wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, für die Gesellschaft einzustehen. Und auch wenn wir unser Zieljahr heute vermutlich nicht noch um weitere 15 Jahre senken werden, bin ich zuversichtlich, dass wir unser Möglichstes machen werden, um dieser Krise entgegen zu halten.

Um es vorweg zu nehmen: Natürlich wird die SP/JUSO-Fraktion das Klimaschutzreglement annehmen und somit die Motionen der Grünen und jungen Grünen abschreiben.

Und jetzt möglichst kurz und unkompliziert: Die SP/JUSO-Fraktion nimmt alle Anträge der Klimakommission an, ausser den neuen Absatz zu Artikel 1 und der Absatz 2 des Artikel 7.

Beim Artikel 1 haben wir einen eigenen, unserer Meinung nach besser geeigneten Gegenvorschlag ausgearbeitet, bei welchem der zweite Teil des Satzes gestrichen wird und somit nach Möglichkeit komplett auf Zertifikate verzichtet wird. Die Formulierung ist dieselbe, wie sie die Stadt Bern hat und wir bitten euch hiermit, unserem Antrag zu folgen.

Bei Art. 7, Abs. 2, möchten wir an der Vorlage des Gemeinderates festhalten, weil wir denken, dass die Formulierung genügend umfassend ist und doch auch genügend Spielraum lässt.

Der Änderungsantrag bezüglich Art. 1, Abs. 6 der Grünen und jungen Grünen, welcher möchte, dass die Gemeindeverwaltung bereits 2035 auf Netto-Null ist, halten wir zudem für angemessen und die Gemeinde Köniz könnte so eine Vorbildfunktion für andere übernehmen.

Wir begrüßen es sehr, dass die FDP und die SVP einer Zweckbindung von Geldern für die Spezialfinanzierung nicht komplett abgeneigt sind, doch wir halten weiterhin am Änderungsantrag der Klimakommission fest, denn uns ist es ein grosses Anliegen, dass möglichst viele Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden.

Wie ihr vermutlich erwartet habt, lehnen wir den Änderungsantrag der FDP und der SVP zum Art. 1, Abs. 2, welcher das Zieljahr auf 2050 anheben möchte, ab. Auch der Antrag zu Art. 7, Abs. 3, lehnen wir ab, weil die Berichte bereits durch das Controlling geregelt werden. Aber, liebe FDP und SVP, dem Antrag, welcher ein "im" ergänzt, stimmen wir natürlich zu.

Ich möchte den Moment noch kurz nutzen, um Danke zu sagen: Unser grösster Dank gebührt Adrian Stämpfli von der Verwaltung. Vielen Dank für die enge und kompetente Begleitung der Kommission und vielen Dank für die Beantwortung von so vielen, teilweise ausschweifenden Fragen. Danke auch dir Hansueli Pestalozzi, dass du jede Sitzung mit uns ausgehalten hast und uns Rede und Antwort gestanden bist. Danke Michael Gerber, für die Leitung und auch danke dir Chantal Fuchs, für die ganze geleistete Arbeit. Ein grosses Dankeschön an jedes Mitglied der Klimakommission. Und vielen Dank liebe Parlamentarier:innen, dass ihr das Klimaschutzreglement heute annehmt.

Um mit ähnlichen Worten wie jenen vom Klimastreik, zu schliessen: Eure Kinder, Enkelkinder und Urenkelkinder haben ihr ganzes Leben noch vor sich. Nehmen wir heute unsere Aufgabe wahr und machen es lebenswert für sie.

**Fraktionssprecher Grüne/ Junge Grüne, David Müller:** Vor vier Jahren haben wir als Parlament gefordert, dass die Gemeinde Köniz den Klimanotstand ausruft, sich am Netto-Null-Ziel 2030 orientiert und Massnahmen gegen die Klimakrise prioritär behandelt. Vor zweieinhalb Jahren haben ich und diverse Mitunterzeichner:innen gefordert, dass der Gemeinderat ein Klimareglement erarbeitet, welches folgende Punkte enthalten soll:

1. Ein Emissionsabsenkepfad, kompatibel mit dem 1.5 Grad-Ziel
2. Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz

Es waren dort noch weitere Massnahmen oder Punkte enthalten: Die Massnahmen sollen sozialverträglich sein, die grauen Emissionen sollen mitberücksichtigt werden und die durch die kommunalen Finanzanlagen verursachten Emissionen sollen reduziert werden. Eine gefühlte Ewigkeit später, können wir heute über das vorliegende Reglement befinden. Auch wenn ich mir natürlich gewünscht hätte, dass es wesentlich schneller gehen würde, will ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für die geleistete Arbeit bei den zuständigen Leuten in der Verwaltung bedanken. Gerade auch in der Kommission konnten wir miterleben, wie seriös und engagiert hier gearbeitet wird. Danke auch dem Gemeinderat, für die Unterlagen und nicht zuletzt, den Klimastreikenden, welche den ganzen Druck und die Bewegung mit ins Rollen gebracht haben.

Jetzt aber zum Inhaltlichen: Ich beschränke mich bei meinem Votum vorerst auf die zwei zuvor genannten Punkte - den Absenkepfad und die Spezialfinanzierung - komme dann aber später noch zu weiteren Elementen des Reglements bzw. zu den einzelnen Anträgen der Tischvorlage.

1. Netto-Null-Zieljahr 2045: Noch vor einem Jahr hat der Gemeinderat eine Energie- und Klimastrategie verabschiedet, mit dem Ziel Netto-Null Treibhausgas-Emissionen 2050. Erfreulich ist darum, dass dank der Empfehlungen der Kommission im Vergleich zu dieser Strategie das Zieljahr um fünf Jahre vorgezogen worden ist. Als Fraktion der Grünen und jungen Grünen wünschten wir uns aber eigentlich einen wesentlich ambitionierteren Absenkepfad. Auch das Ziel 2045 ist langsamer als die Vorgaben in den überwiesenen Vorstössen und auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind diesbezüglich klar. Es braucht mehr.

Wir anerkennen zwar, dass hier ein Kompromiss vorliegt, welcher auch berücksichtigt, dass nicht in allen Bereichen die gleich grossen Einflussmöglichkeiten bestehen. Nichts destotrotz: Wenn wir global dieses 1.5 Grad-Ziel erreichen wollen, dann braucht es mehr. Ihr findet darum auch einen Antrag von uns auf der Tischvorlage, auf diesen geht dann Lukas Erni noch genauer ein. So oder so ist es aber zentral, dass man jetzt massnahmenseitig alles unternimmt, damit die gesteckten Ziele auch wirklich erreicht bzw. übertroffen werden. Das bedeutet zum Beispiel auch, dass genügend finanzielle Mittel vorgesehen werden.

2. Spezialfinanzierung: Den Vorschlag des Gemeinderates erachten wir diesbezüglich als komplett untauglich. Kurz zusammengefasst könnte man sagen, der Vorschlag will möglichst wenig Geld für möglichst viel unbestimmte Massnahmen. Das kann es ja nicht sein. Für uns ist eine Verbesserung in diesem Bereich darum zentral. In der Fraktion haben wir zum Beispiel darüber diskutiert, ob man einen bestimmten Anteil des Budgets für Klimamassnahmen vorsehen würde. Wir begrüssen darum auch sehr den Antrag der Kommission, welche eine Teilzweckbindung der Gelder für die Benützung des öffentlichen Raumes im Bereich Strom, Gas und Wärme fordert. Es ist unabdingbar, dass wir mehr als das absolute Minimum machen und es ist für die Verwaltung wichtig, eine gewisse Planungssicherheit zu haben und nicht von Jahr zu Jahr auf ein gutes Jahresergebnis hoffen zu müssen, damit dann wieder etwas Geld im Topf ist, mit dem man etwas machen kann. Im Vergleich zu anderen grösseren Gemeinden im Kanton, sind wir zudem mit der geforderten Ergänzung immer noch sehr moderat unterwegs, was die Höhe des Betrages angeht.

Ganz allgemein unterstützen wir alle Anträge aus der Klimakommission. Auf die restlichen Anträge, komme ich später dann noch zu sprechen.

Zum Schluss, ganz nach dem Motto "Was wir heute machen, entscheidet darüber, wie die Welt Morgen aussieht", bitte ich euch, den verschiedenen Verschärfungen zuzustimmen und das Klimareglement dann anzunehmen – für uns und für die Generationen, welche noch kommen. Das gestrige Zeichen der Könizer Bevölkerung hätte ja kaum klarer sein können.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez:** Nach einigen Monaten in dieser Klimakommission spreche ich nun mit dem Fraktionshüt FDP. Es war wohl nicht sehr verwunderlich, wie in der Kommission abgestimmt worden ist.

Jetzt aber schauen wir zurück. Gestern fand die eidgenössische Abstimmung statt und es wurde angenommen und die Weichen gestellt für ein Netto-Null-Ziel 2050. Das Gesetz hat die FDP auch mit Überzeugung unterstützt und es ist auf der nationalen Ebene für uns absolut auf der richtigen Stufe. Das Gesetz schafft eben nicht nur Verbote, sondern auch Anreize. Denken wir doch mal, wie dies bei uns ist?

Ihr habt zuvor richtig gehört, wir setzen auf das Netto-Ziel 2050. Wir erkennen den Nutzen einer klaren Strategie, welche auch wirklich ein gesundes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufzeigt. Aber was dies genau ist, das wird die Diskussion heute im Laufe des Abends zeigen. Wir hoffen dann aber auch, dass die Diskussion dazu führen wird, dass man mit Augenmass und Respekt den Willen der Bewohner:innen der Gemeinde berücksichtigt. Das ist ungemein wichtig, da wir erst gerade unter anderem eine Steuererhöhung hinter uns haben und dass es doch auch sehr masslos wäre, wenn man jetzt einfach mit diesem Geld um uns schleudern würde, als ob wir Berge an Geld in dieser Gemeinde haben würden. Nein, es ist nicht nur masslos, es wäre sogar unverschämt, so blind in die Zukunft zu gehen. Wir sehen, dass es auch massvolle Massnahmen gibt, wie zum Beispiel diese Wärmeverbände, welche wir auch unterstützen und wir finden Innovation grundsätzlich etwas sehr Gutes und Wichtiges. Und da hoffen wir, dass uns hier auch in Zukunft insbesondere technologische und wissenschaftliche Entwicklungen Möglichkeiten geben, um hier mit Augenmass investieren zu können, damit dies auch erreichbar sein könnte.

Nichtsdestotrotz, sind wir mit dieser uns jetzt vorliegenden Vorlage dieses Reglements nicht einverstanden und wir lehnen dieses Reglement ab. Und vorab auch noch die Information: Wir lehnen auch sämtliche Anträge der Klimakommission ab, ausser diese eine Änderung mit diesem internationalen Schifffahrtsverkehr, da sind wir einverstanden und da müssen wir nicht darüber diskutieren. Hinsichtlich der Anträge der Grünen, da können wir nicht zustimmen und der Antrag der SP/JUSO-Fraktion, diesen werden wir als Kompromiss wohl annehmen können.

Gerne werde ich dann in der Detailberatung noch auf die einzelnen Punkte eingehen, aber das wäre es für den Moment, danke für die Aufmerksamkeit.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Andreas Hauser:** Ich lege zuerst meine Interessenverbindungen offen: Ich arbeite beim Bundesamt für Umwelt, wenn auch nicht in der Abteilung Klima. Hier vertrete ich aber die Meinung der EVP-Mitte-GLP-Fraktion.



Nach dem wuchtigen "Ja" von gestern zum Klimaschutzgesetz auf Bundesebene – die Zustimmung in Köniz erreichte 72% – haben wir es heute in der Hand, auch auf gemeindeebene Nägel mit Köpfen zu machen. Stellen wir jetzt die Weichen in Richtung Zukunft. Der Klimawandel ist bereits spürbar, das Schlimmste können wir aber noch verhindern. Jede Tonne CO2 zählt. Schützen wir, was uns wichtig ist.

Hier etwas Grundsätzliches im Zusammenhang mit dem Zielpfad, ich komme nachher noch zu den weiteren Anträgen. David Müller hat den Vorstoss zum Klimanotstand bereits erwähnt, es gab auch noch einen weiteren Vorstoss zum Massnahmenpaket. Dann hat das Parlament dem Gemeinderat eigentlich ins Pflichtenheft geschrieben, das Zieljahr 2040 zu erreichen. Das war mit der Motion V1938. Der Gemeinderat wollte sich dann in der Klima- und Energiestrategie noch mit 2050 begnügen. Jetzt ist er immerhin auf das Zieljahr 2045 eingeschwenkt.

Hinter dem Zieljahr 2045 können wir stehen, auch wenn wir eigentlich viel schneller sein müssten – aus globaler Perspektive einigermassen fair wäre 2030 oder früher. Wir sehen aber, dass die Hebel in der Gemeinde begrenzt sind. Wir haben national gerade über 2050 abgestimmt. In der Kantonsverfassung ist das Netto-Null-Ziel für 2050 seit dem 26. September 2022 ebenfalls verankert. Die Gemeinde hat keinen beliebigen Spielraum voranzugehen, aber sie hat einen. Mit 2045 zieht Köniz mit der Stadt Bern gleich. Das macht Sinn, gehen doch Wärmeversorgung und Verkehr über die Gemeindegrenzen hinweg.

Der Umstieg wird zuerst kosten – dann wird er uns aber Kosten sparen. Zum Beispiel Kosten für Öl und Gas. Wenn wir die externen Kosten berücksichtigen, die wir vermeiden, so lohnt sich eine klare Netto-Null-Strategie volkswirtschaftlich auf jeden Fall.

Zum Antrag der Grünen: Den direktesten Hebel hat die Gemeinde bei sich selber. Wir unterstützen deshalb das Zieljahr 2035 für die Gemeindeverwaltung.

Art. 1: Zertifikate geben uns eine gewisse Flexibilität, wenn die letzten Meter auf der Strecke zu steil werden. Im Sinne einer Ausnahme haben sie ihre Berechtigung. Es braucht aber Transparenz. Wir wollen uns nicht mit minderwertigen Zertifikaten abspesen lassen. Massnahmen, die einmal Köniz und einmal im Ursprungsland angerechnet werden, nützen niemandem. Ebenso wenig Verbesserungen, die sich nach kurzer Zeit wieder in Luft auflösen. Wenn Zertifikate, so müssen die Bedingungen streng sein. Der Antrag der SP ist faktisch eine Abschwächung und nicht durchdacht.

Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die wertvollen Grundlagen und Fachauskünfte. Ich schliesse mich Michaelas ausführlichem Dank an, die Arbeit in der Klimakommission habe ich genauso konstruktiv erlebt. Wir stehen hinter dem Reglement.

**Fraktionssprecher SVP, Adrian Burren:** Vorab: Die SVP hat mich in die Kommission des Klimareglementes geschickt. Ich bin wohl vermutlich jener in der SVP, welcher der klimaprogressivste ist. Um meine Interessenbindung offen zu legen, ich habe einen Landwirtschaftsbetrieb und ich mache seit Jahren eigentlich sehr viel für das Klima.

Ich habe mich auch auf diese Klimakommission gefreut, auf einen faktenbasierten und auch auf einen konstruktiven Austausch. Aber ich muss nach diesen Sitzungen sagen, ich bin konsterniert. Das Klimaschutzreglement ist nämlich ein Ideologen-Reglement. Es hat nicht mehr viel mit der Realität und auch nicht mehr viel mit der Umsetzbarkeit zu tun. Ich sage euch die aus unserer Sicht drei wichtigsten Punkte:

1. Geschwindigkeit: Der Absenkpfad von Netto-Null bis 2045 oder nach den Grünen, lieber bis 2040, das ist in 17 oder 22 Jahren. Erfahrungsgemäss braucht man für die Reduktion der ersten 80%, 20% der Energie, Aufwand und Geld und für die restlichen 20% noch die anderen 80% der Kosten, Aufwand und Energie. Euch ist auch die Tragweite dieser letzten Prozente in keiner Art und Weise bewusst. Und ihr wollt euch dem auch nicht bewusst sein, denn es entspricht nicht der Ideologie. Die ersten 50%, gehen noch locker, dann sind wir im Jahr 2035. Dann kommen noch 30%, dann sind wir im Jahr 2040, das braucht etwas mehr. Aber jetzt weiss ich nicht, wie ihr die Bevölkerung abholen wollt, wenn ihr diese Knacknüsse reduzieren müsst oder diese Emissionen, welche man gar nicht reduzieren kann, sondern eben mit Negativemissionen, welche ihr sehr teuer erkaufen müsst. Wir von der SVP wissen wirklich nicht, wie ihr die Bevölkerung hier noch mitnehmen wollt. Denn es wird nur mit massivem Druck, massiven Kosten, mit unheimlichem Aufwand und dann auch mit einer konsternierten und schlussendlich mit einer hintergangenen Bevölkerung möglich sein. Wollt ihr das wirklich?
2. Es ist nicht durchdacht, es ist nur ideologisch. Das Klimaschutzreglement reduziert die Direktmissionen, die sogenannten Scope 1-Emissionen. Scope 1 ist nämlich dort, wo der Kamin steht. Also das Benzinauto, der Auspuff, welches auf dem Gemeindegebiet das Gas rauslässt. Die Ölheizung mit dem Kamin auf dem Gemeindegebiet. Soweit so gut.

Der Strom gilt aber nicht als Direktmission, weil der Kamin des Stroms nicht bei der Steckdose ist, sondern irgendwo in Europa oder der Schweiz. Also ausgedrückt, wenn ihr das Benzinauto durch ein Elektroauto ersetzt, dies dann aber mit Kohlenstrom aus Deutschland ladet, dann ist es für Köniz klimaneutral. Das Gleiche gilt für die ersetzte Ölheizung durch eine Wärmepumpe. Das ist vielleicht effizienter, aber das ist automatisch für Köniz klimaneutral. Im Winter aber, haben wir zu wenig Strom haben, dann kaufen wir automatisch und zwangsläufig Atomstrom aus Frankreich, Kohlen- oder Gasstrom aus Deutschland ein, weil die Schweiz zu wenig Strom hat. Wie wollt ihr das der Bevölkerung plausibel erklären? Klimaschädlicher Strom ist dann wiederum kein Problem. Warum wolltet ihr den Strom nicht in dieses Klimaschutzreglement aufnehmen? Denn wenn wir das Klima denn schon retten wollen, dann bitte auch richtig. Dann hätte man auch echte Anreize schaffen können, dass man auf Gemeindegebiet auch mehr Solarstrom hätte produzieren können und es hätte sogar noch der Versorgungssicherheit geschaffen.

Energieintensive Gewerbler werden vielleicht das Gemeindegebiet verlassen, damit ihr Kamin nicht mehr auf Könizer Boden steht, aber das interessiert euch vermutlich nicht. Warum ist in diesem Reglement nichts von Versorgungssicherheit enthalten? Warum interessiert niemanden, dass wer selber Energie herstellt, auch weniger abhängig ist und dem Marktgeschehen weniger ausgesetzt ist? Denn 2022 habt ihr einen leichten Vorgeschmack erhalten, was volatile Energiemärkte sind. Und wenn ihr jetzt alles Elektrifizieren wollt - und die Produktion wird nicht Schritt halten können, ansonsten müssten wir dann ziemlich Gas geben, besonders bei der elektrischen Energie – dann wird die Energie nun mal knapp und teuer - das ist Markt. Ihr wollt in Köniz einfach das Klima retten – doch wie die Märkte funktionieren, das ist euch eigentlich egal.

Kurze globale Marktlehre: Jeder Liter Erdöl und auch Gas, welchen wir hier in Köniz einsparen – und das werden wir mit diesem Reglement – werden dann in China zu etwas günstigeren Konditionen verbrannt. Das Erdöl wird trotzdem aus der Erde gepumpt und verkauft. Grundsätzlich müssen wir das Klima global retten oder eben schweizweit, das ist viel besser und vor allem nicht so ideologisch, doch das wollt ihr noch nicht hören.

3. Zum Schluss komme ich noch zu den enormen Kosten. Dass eine Spezialfinanzierung kreiert werden muss, das entspricht der SVP im Grundsatz. Für Schulhausunterhalt, Strassenunterhalt usw. gibt es auch keine Spezialfinanzierung. Es sollte nämlich jährlich oder auch vierjährlich ein Rahmenkredit beantragt werden und dann kann man hier im Parlament darüber befinden, wie wichtig dies ist und kann den anderen Herausforderungen gegenübergestellt werden, welche wir in der Gemeinde noch haben. Nicht dass wir dann mit der Spezialfinanzierung dem ordentlichen Haushalt noch Geld entwenden. Wer kompensiert diese entgangenen Erträge? Wer spart diese ein? Ich sage euch, es wird zu enormen Umbaukosten kommen und auch zu enormen Zusatzkosten. Denn alle Systeme müssen in diese fluktuierenden erneuerbaren Energien mit sehr viel Redundanz aufgebaut werden. Ganz einfach gesagt, vieles muss doppelt gebaut werden, damit es weiterhin funktioniert.

Die SVP und die FDP haben noch diverse Anträge, ihr habt diese auf dem Tisch, zur Schadensminimierung gestellt, wie ich dies nenne. Wir freuen uns natürlich über eure Unterstützung. Aber ich muss euch auch sagen, dass so, wie dieses Reglement jetzt steht, wir es von der SVP ablehnen werden.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich mache keine Wiederholung meines Votums vom 20. Juni 2022 zur Klimastrategie, denn dies bringt nichts. Ich habe es damals schon gesagt, dass ich an eine Wand rede und das tat ich auch. Es ist wohl nicht eine Silbe meines Votums in dieses Reglement eingeflossen, obschon ich wirklich konstruktive Ansätze drin hatte.

Auch wir sehen die Probleme, welche der Klimawandel mit sich bringt, die schmelzenden Gletscher, die Trockenheit, steigende Meeresspiegel und wir sind auf dem Land teilweise sogar noch stärker und direkter davon betroffen, als die Stadtbevölkerung. Ich war gestern auf dem Land und die Trockenheit auf dem Land schmerzt die Bauern sehr fest und trifft diese hart. Wir sehen also diese Problematik definitiv. Schade ist, dass wir trotzdem einfach konsequent ignoriert werden, dabei habe ich es des Öfters schon mal gesagt, dass wir das gleiche Ziel haben, lediglich der Weg zum Ziel ist ein anderer. Währendem die politische Mehrheit hier, aber auch in den anderen Räten eine ideologische Schiene fährt, hätten wir lieber eine praxisorientierte Klimapolitik. Die Zeit ist in einem Einzelvotum kurz, darum einfach kurz die drei grössten Sachen, welche mich stören:

1. Wie schon die Strategie, wird auch das Reglement von der Ideologie getrieben und die Kommission setzt mit gewissen Anträgen dort noch einen oben drauf. Ich frage mich wirklich, warum muss dieser Absenkpfad unbedingt linear sein und warum nicht degressiv?

Man könnte sofort vorwärts machen, was möglich ist, denn es gäbe sehr viele Bereiche, in welchen man sehr schnell vorwärts machen könnte, ohne dass dies riesige Kosten generieren würde und auch der Aufwand überschaubar wäre. Aber es gibt eben auch Bereiche und Branchen, wo dies eben wirklich nicht möglich ist, wie zum Beispiel die Prozesswärme.

Wir haben in unserem Betrieb einige Sachen, welche wir mit Prozesswärme betreiben müssen. Ich würde gerne etwas machen, aber es gibt schlicht und einfach nichts, welches annähernd funktioniert und auch noch einigermaßen zahlbar ist. Und wenn jemand etwas wüsste, dann kommt zu mir und sagt es mir. Ich würde es gerne machen, aber es geht einfach nicht. Und das ist das, was mich an diesem Ganzen wirklich nervt. Man sieht nicht, welche Auswirkungen es danach in der Praxis hat. Man könnte vieles machen. Gerade die Betreiber von Wärmeverbänden, welche dies schon lange machen wollten. Dort hat man immer nur Hindernisse, anstatt dass man diese unterstützen würde, vielleicht auch mit angepassten planerischen Grundlagen und den Spielraum der Gemeinde ausnützen. Aber auch das hat man jahrelang nicht gemacht und ist auch jetzt immer noch eher auf der Bremse, als dass man vorwärts machen würde und so schnell wie möglich etwas ändert.

2. Dann komme ich zum Antrag 3.1 der Kommission: Egal, um was es geht, es wird einfach immer nur auf der Landwirtschaft herumgehackt. Landwirtschafts-Bashing ist ein riesiger Megatrend geworden. Die kurze Normalisierung während Corona, in welcher man die einheimische Lebensmittelproduktion wieder geschätzt hat, ist vorbei und bereits wieder verfliegen. Die Landwirtschaft soll für alles den Kopf hinhalten. Anders kann ich mir die Begründung der Kommission für diesen Antrag 3.1 nicht erklären. Nachdem bereits der Gemeinderat etwas Landwirtschafts-Bashing gemacht hat, macht dies nun die Klimakommission genau gleich.

Dabei ist die Schweizer Landwirtschaft bereits heute sehr nachhaltig – es wird einfach nicht wahrgenommen. Ich habe euch ein gutes Beispiel: Die Schweizer Milchkühe werden mit überdurchschnittlich viel und gutem Rohfutter – also Heu und Emd – gefüttert. Dieser Anteil pro Liter Milch ist nirgends so hoch wie in der Schweiz. Das ist effektiv nachhaltig. In jedem anderen europäischen Land, füttert man mehr Kraftfutter und sonstige Zusätze als in der Schweiz. Die Schweizer Bauern machen dies super und trotzdem kriegen sie immer wieder einen auf den Kopf und jetzt will auch die Gemeinde Köniz mithelfen zu regulieren – ich weiss auch nicht genau, was hier die Konsequenz sein soll, vielleicht kann es mir noch jemand erklären, was hier von diesem Vorstoss genau die Meinung ist.

Ich habe es bereits gesagt, wir sind sehr stark selber betroffen und wir machen das Möglichste, was sinnvoll und machbar ist. Und was auch unfair ist, dass man lediglich die Landwirtschaft erwähnt und keine andere Branche. Dabei haben wir auf Gemeindegebiet andere emissionsstarke Betriebe. Teilweise sogar solche, welche sehr eng mit der Gemeinde verbunden sind, aber dort wird nichts gemacht, diese werden im Reglement nicht erwähnt, aber dann auf die Landwirte losgehen. Und eben, private Firmen können dann sogar noch aus der Gemeinde abwandern, wenn ihnen dieses Reglement zu streng ist, was sollen denn unsere Bauernfamilien machen? Diese können nicht einfach wegziehen, nur weil sie gewisse Vorgaben nicht erfüllen können und wirtschaftlich von der Gemeinde schlechter gestellt werden. Ich frage mich wirklich, was hier genau die Überlegung hinter diesem Antrag ist. Ich wäre wirklich froh, wenn mir dies die Klimakommission noch ausführen könnte.

3. Dann noch das Letzte: Inkonsequenz. Um das Ziel zu erreichen, egal ob dieses 2030, wie es von den Leuten auf der Tribüne gefordert wird, 2040, 2045 oder 2050 ist, es braucht Konsequenz, wenn wir dies erreichen wollen. Mit Inkonsequenz geht es nicht. Und da frage ich mich schon – ich bringe jetzt nicht das mit den Klimaaktivisten, welche in die Ferien geflogen sind, das ist Privatsache und da mag ich mich gar nicht darüber auslassen – aber in der Politik. Ich habe es letzte Woche im Grossen Rat erlebt. Neubau Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei im Berner Jura: Obwohl man Alternativen mit der Nutzung von bestehenden Gebäuden gehabt hätte, hat die Ratsmehrheit für einen Neubau auf unverbautem Land inkl. Versiegelung des Bodens gestimmt. Ihr wisst wohl: Ein Neubau verursacht inzwischen mehr Energie, als er während seiner ganzen Lebenszeit danach verbraucht, also das Heizen und das Wohnen braucht weniger Energie, als der Neubau. Die Herstellung von Zement etc. ist unglaublich aufwändig und ob ihr es glaubt oder nicht, die Grüne Fraktion hat einstimmig für den Neubau gestimmt. Das ist einfach inkonsequent. Und dann habe ich schon meine Mühe, wenn man uns immer solche Vorwürfe macht. Das zweite Beispiel ist das Kraftwerk Trift. Wir brauchen einfach Winterstrom. Dort hat man die Konzession verlängert. Die einzigen Nein-Stimmen kommen von der Grünen Fraktion. Es ist mir ein Rätsel, wie wir diese Ziele erreichen wollen, wenn man dermassen inkonsequent ist.

Ich habe nun fertig gepoltert. Es gibt auch Positives in diesem Reglement, das muss ich auch sagen. Die Darstellung der Emissionen bei Parlamentsvorlagen oder auch der Antrag für den Schiffsverkehr werde ich unterstützen. Ich hätte sogar den Flugverkehr reingenommen, das ist aber ein anderes Thema. Man muss sich wirklich auch selber einschränken, sonst kommen wir nie ans Ziel.

**Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler:** Ich stelle fest, Christine Müller ist eingetroffen. Wir sind neu 39 Parlamentsmitglieder.

**Lukas Erni, Grüne:** Zuerst einmal an Reto Zbinden, danke vielmals, es freut mich, dass wir die gleichen Ziele haben.

Zuerst noch kurz zur Selin Lopez: Das Klimaschutzgesetz enthält keine Verbote. Du hast zuvor gesagt, es hat nicht nur Verbote drin – es hat gar keine Verbote darin.

Ihr habt auf der Tischvorlage den Antrag, Art. 2, Abs. 3 so zu ändern, dass die Gemeindeverwaltung ihr Netto-Null-Ziel bis 2035 erreichen soll. Warum fordern wir dies? Das Klima ist komplex oder das lösen oder besser gesagt, das Eindämmen der Klimakrise ist es auch oder zumindest meistens, denn in diesem Fall ist es eigentlich relativ einfach. Wir müssen sofort aufhören, fossile Energieträger zu verbrennen und zwar nicht morgen, sondern heute. Das vorliegende Klimareglement bietet eine solide Grundlage, um Köniz in eine klimaneutrale Zukunft zu führen. Es stellt sich nämlich nicht die Frage, *ob* wir klimaneutral leben werden, sondern, um es ökonomisch auszudrücken, wie lange man diesen Schuldenberg noch auftürmt. Die Konsequenzen sind schon heute spürbar: Hitzewellen, Starkregen, Überschwemmungen, Krankheiten, Ernteauffälle und noch vieles mehr. In der Schweiz können wir uns dagegen noch relativ gut schützen, aber in vielen Teilen dieser Welt, insbesondere im globalen Süden, geht dies nicht so gut. Und all jene, welche es heute noch nicht so richtig bemerkt haben, ihr werdet es noch zur Genüge zu spüren bekommen, was die Konsequenzen sind. Denn die grössten Konsequenzen wird es dann geben, wenn wir im Sommer keine Gletscher und kein Gletscherwasser mehr haben. Wenn die landwirtschaftlichen Betriebe durch Ernteauffällen in ihrer Existenz bedroht sind und dann, wenn ältere Menschen wegen der Hitze frühzeitig sterben. Denn die Klimakrise, diese senkt nicht nur meine Lebenserwartung, sondern diese senkt die Lebenserwartung von uns allen.

Ich war im vergangenen Jahr in der Toskana und ich kann euch sagen, bei 37 Grad, da arbeitest du nicht mehr. Und ohne Klimaanlage in der Nacht, schläfst du auch nicht mehr. Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische Krise, sie ist auch wirtschaftlich ein Debakel und sie ist äusserst asozial. Man kann einen Salat vielleicht so züchten oder verändern, dass er gegen Pilze oder bestimmte Krankheiten resistent wird, aber er wird nie in einem überfluteten Feld wachsen. Antonio Guterres, der heutige UN-Generalsekretär, hat 2009 auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen gesagt, dass der Klimawandel einer der Hauptfluchtgründe werden könnte. Er verstärkt nämlich den Wettstreit um die Ressourcen, um Wasser, um Nahrungsmittel, um Weideland und daraus ergeben sich Konflikte. Zitatende. Der Klimawandel wird vermutlich Millionen von Menschen in die Flucht treiben.

Doch zurück zu Köniz: Die Verschärfung von 2040 auf 2035 führt dazu, dass die notwendigen Massnahmen und Investitionen jetzt angegangen werden. Es ist nicht in Ordnung, weiter zuzuwarten. Die Gemeindeverwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen und den Einwohnerinnen und Einwohnern von Köniz Perspektiven und Lösungen aufzeigen. Köniz hat nämlich gestern mit satten 72.28% das Klimaschutzgesetz angenommen. Die Könizerinnen und Könizer wollen vorwärts machen. Und wenn euch jetzt diese 12 Jahre etwas sehr sportlich vorkommen, dann möchte ich euch sagen, man hat es 40 Jahre lang verschlafen genügend dagegen zu machen. Die Umsetzung ist absolut machbar, wenn man es will, denn nirgendwo hat die Gemeinde einen so grossen Einfluss, wie bei ihren eigenen Gebäuden, bei ihren eigenen Fahrzeugen und bei ihren eigenen Investitionen. Ich bitte euch darum, diesem Antrag zu folgen.

Und noch kurz: Ich gehe davon aus, dass wie bei allen anderen Anträgen von Seiten Kommission der Erläuterungsbericht ebenfalls angepasst werden wird, wenn dies angenommen würde.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi:** Es wurde viel gedankt. Ich möchte den Dank zurückgeben an Michael Gerber, Leiter der Klimakommission, welcher diese Kommission umsichtig und mit viel Geduld und Einfühlungsvermögen geleitet hat, sowie an alle Mitglieder der Klimakommission für die langen, intensiven und auch sehr interessanten Diskussionen, welche mich und eben auch die Verwaltung wirklich auch gefordert haben.

Zum Ablauf, damit dies nochmals für alle klar ist: Der Gemeinderat hat eine Version an die Kommission verabschiedet, die Kommission hat dies alles beraten – ich komme noch darauf – hat Vorschläge gemacht, hat diese Vorschläge an den Gemeinderat weitergeleitet, wir im Gemeinderat haben dies auch wieder intensiv beraten und diskutiert.

Den einen Vorschlägen ist der Gemeinderat gefolgt, den anderen nicht. Und so ist dies ein Gemeinschaftswerk, ein Ping-Pong zwischen dem Gemeinderat, dem Parlament, wieder dem Gemeinderat und jetzt liegt der Ball wieder bei euch.

Zu den Anträgen, welche die Klimakommission jetzt wieder gestellt hat und auch zu den anderen Anträgen, welche ihr gestellt habt: All diese zusätzlichen Anträge lehnt der Gemeinderat ab. Die Begründung kann ich dann noch in der Detailberatung nachliefern. Ich würde sagen, wir lehnen alle ab, ausser einer einzigen Ausnahme und zwar, es wurde bereits erwähnt, beim internationalen Schiffsverkehr, da ist es tatsächlich so, dass wir zwar Schiffsverkehr in Köniz haben, sogar regelmässig, wir subventionieren diesen, das ist die Bodenacher-Fähre, aber diese ist absolut klimaneutral. Und diese ist wirklich nicht international. Das ist einfach ein stehender Begriff "internationaler Schiff- und Flugverkehr", das ist so in unserem Reglement gelandet, aber es ist richtig, dass kann man streichen.

Es wurde mehrfach erwähnt, gestern wurde das Klimagesetz mit 72.3% in Köniz angenommen, also beinahe  $\frac{3}{4}$  haben es angenommen. Darüber bin ich sehr froh, vor allem froh bin ich, dass es national mit diesen 59% angenommen wurde, denn diese Massnahmen, welche man dort beschlossen hat, das hilft uns entscheidend bei diesem Klimareglement, worüber wir heute darüber sprechen. Diese Massnahmen, welche beschlossen worden sind - das sind keine Verbote, sondern das sind Unterstützungsmassnahmen - diese helfen uns, diesen Absenkpfad zu erreichen. Diesen Absenkpfad, welcher ambitionierter ist, als ursprünglich der Kommission vorgelegt. Es wurde gesagt, der Gemeinderat hat zuerst 2050 vorgeschlagen, damit wir im Gleichschritt mit den nationalen Zielen sind. Dann hat die Klimakommission dem Gemeinderat die Variante 2040 zurückgegeben und so hat der Gemeinderat dann dem Kompromiss 2045 zugestimmt - das ist sehr ambitioniert. Das heisst zum Beispiel, wenn Öl- und Gasheizungen eine Lebensdauer von 20 Jahren haben, dass wir ab 2025 in Köniz keine Öl- und Gasheizungen mehr einbauen dürfen, weil ansonsten hat man das Risiko, dass diese vorzeitig ausser Betrieb genommen werden müssten und es so eine Wertvernichtung gibt. Aber wir haben auch gesehen, wenn wir dieses Klimamassnahmenpaket, welches danach erfolgt, wenn wir dieses wirklich zügig umsetzen und diese Massnahmen so umsetzen, wie sie vorgeschlagen sind, dann ist es möglich, dass 2045 erreichbar ist, vor allem, weil auch die Stadt Bern 2045 als Ziel hat.

Es ist klar, die Möglichkeiten der Gemeinde sind beschränkt, das habt ihr schon mehrfach erwähnt, aber die Möglichkeiten, welche wir haben, die wollen wir nutzen und umsetzen und diese sind im Klimamassnahmenpaket aufgelistet.

Ich will noch kurz auf die einzelnen Voten eingehen: Adrian Burren, du hast dies ein Ideologen-Reglement genannt und da bekommt ihr jetzt einen kleinen Einblick in die Diskussionen, welche wir in der Klimakommission während sechs Sitzungen geführt haben. Genau diese Diskussionen haben wir dort intensiv geführt. Ganz kurz, du hast gesagt, der Absenkpfad sei nicht richtig, das hat auch Reto Zbinden gesagt, dieser müsste zu Beginn viel schneller gehen und danach auslaufen, denn die letzten 20%, das seien die Schwierigsten. Das hatten wir intensiv diskutiert. Man kann aber auch gerade das Umgekehrte behaupten, man kann sagen, bis wir unsere Wärmeverbünde haben, bis die Technologie soweit ist, geht es langsamer und wenn wir dann die Wärmeverbünde haben – und das braucht einfach seine Zeit – dann kann man die Emissionen schneller reduzieren. Das könnte man auch sagen. Und so haben wir schlussendlich, weil man nicht weiss, welcher Effekt jetzt stärker ist, einen linearen Absenkpfad angenommen.

Dann wurde gesagt, Scope 2 und 3 würden ausgeklammert. Das stimmt nicht, denn das sind die grauen Emissionen und diese haben wir im Reglement drin, doch da haben wir auf Gemeindestufe nicht direkte Möglichkeiten und darum ist dies dort mehr eine Absichtserklärung, dass wir auch diese so gut es geht mit unseren Möglichkeiten – und das sind vor allem Information und Kommunikation – reduzieren wollen.

Dann wurde gesagt, dass wir die Welt retten wollen, dies aber in Köniz nicht können. Da hast du völlig recht. Doch eine kleine Überlegung: In der Schweiz leben 1 Promille der Weltbevölkerung, also  $\frac{1}{1000}$ . Wenn man schaut, dann verantworten wir auch in etwa  $\frac{1}{1000}$  der Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Und Köniz ist  $\frac{1}{200}$  der Schweiz, das heisst jede 200. Person lebt in Köniz. Jetzt könnt ihr unseren Beitrag, welchen wir leisten können, ausrechnen. Und dieser Beitrag soll auch wirklich geleistet werden. Denn wenn alle sagen, die anderen haben einen viel höheren Treibhausgasausstoss und sollen zuerst vorwärts machen, dann kommen wir nie ans Ziel. Es kann ja auch jeder sagen, das bisschen Steuern, welches ich bezahle, das macht nichts aus, darum bezahle ich sie nicht – mit dieser Haltung kommen wir nirgends hin. Darum: Wir können nicht die Welt retten, doch es geht darum, dass wir unseren Beitrag, welchen wir in Köniz leisten können, dass wir diesen leisten und hierfür ist das Klimareglement da und das wollen wir auch machen. Das ist auch die Haltung des Gemeinderates.

Dann noch zu Reto Zbinden: Du hast gesagt, es gebe ein Landwirtschafts-Bashing. Das ist überhaupt kein Landwirtschafts- Bashing, welches wir hier machen. Wir haben Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft in diesem Absenkpfad explizit ausgeschlossen. Dies, weil wir als Gemeinde kaum Möglichkeiten haben, denn die Landwirtschaftspolitik liegt beim Bund und beim Kanton. Aber es macht nun mal rund 12% der Treibhausgase der Gemeinde Köniz aus, das kann man in der Klima- und Energiestrategie nachlesen und ja, die Schweizer Landwirtschaft ist nachhaltig, aber es ist eine Tatsache, sie hat auch diese Treibhausgasausstosse, vor allem Metangas von den Kühen und Lachgas von den gut gedüngten Böden. Und soviel ich weiss, ist die Landwirtschaft auch daran, diese Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Dann hat Reto Zbinden noch gesagt, dass man denn auch konsequent sein soll. Wir haben keinen Einfluss, was der Grosse Rat beschliesst. Und das Kraftwerk Trift, soweit ich weiss, haben die Grünen diesem dort auch mehrheitlich zugestimmt - die Grüne Partei sagt jedenfalls, dass man dies machen soll.

Zu Lukas Erni, zur Folge der Klimaerwärmung, da habe ich nicht viel dazu beizusteuern. Die Tatsachen, welche er erwähnt hat, das sind wohl Tatsachen, diese kann niemand weg reden, das hast auch du Reto Zbinden gesagt. Man merkt die Klimaerwärmung auf dem Land, das ist keine Ideologie.

So viel von mir. Zu den Anträgen dann später in der Detaildebatte.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Ihr habt es gehört, der Gemeinderat wird dieses ambitioniertere Ziel 2045 der Klimakommission im Reglement unterstützen und das meint er durchaus ernst. Er unterstützt dies nicht einfach nur so, sondern weil er dieses erreichen will. Dieses Reglement ist schliesslich dafür da, damit wir eine gesetzliche Grundlage haben, welche ein Ziel festlegt und einen Absenkpfad. In diesem Reglement wird aber auch einiges zur finanziellen Situation gesagt, wie man dies erreichen soll und darum möchte ich in meiner Rolle als Zuständige für die Finanzen in unserer Gemeinde, etwas dazu sagen. Denn hier gibt es offenbar zwei, drei Missverständnisse, welche ich gerne noch ausräumen möchte.

Es geht insbesondere um Art. 7 Abs. 5, nämlich wie wir diesen Klimafonds öffnen wollen. Ihr habt es gesehen, der Gemeinderat unterstützt den Vorschlag der Klimakommission nicht, dieser Buchstabe e), welcher zusätzliche jährlich wiederkehrende Beträge in den Klimafonds tun will. Ich würde euch gerne erklären, warum der Gemeinderat dies nicht machen will und bitte euch, dieser Argumentation zu folgen.

Ich habe zuvor im Votum von David Müller eine gewisse Sorge herausgehört, dass dieser Klimafonds nicht geöffnet werden wird und dass darum diese jährliche Öffnung absolut notwendig ist. Ich will dieser Sorge entgegentreten: Dieses Ziel 2045 ist für den Gemeinderat verbindlich und der Gemeinderat muss dieses erreichen. Es gibt eine gesetzliche Grundlage und selbstverständlich brauchen wir die Mittel um dieses Ziel zu erreichen. Ihr seht auch, dass dafür a) bis d) vorgesehen sind. Das heisst, man kann sowohl jährlich im Budget über die Öffnung dieses Fonds diskutieren und beschliessen – das macht ihr – und man kann auch jährlich bei der Rechnungsvorstellung über die Öffnung dieses Fonds entscheiden, das macht schlussendlich auch ihr. Das ist so, wie es auch in anderen Gemeinden funktioniert. Wenn wir jetzt aber eine regelmässige Öffnung haben, haben wir ein Problem, weil wir dem Steuerhaushalt jährlich beinahe eine halbe Million Franken entziehen und zwar wiederkehrend. Und das ist unser Problem – wir können dies nicht steuern. Das wird einfach wiederkehrend in diesen Fonds eingelegt. Jetzt stellt euch vor, dieser Klimafonds ist millionenschwer, da liegen einige Millionen drin und wegen dieser jährlichen Öffnung müssen wir aber ein Sparprogramm aufsetzen. Ich glaube nicht, dass dies die Leute verstehen würden. Das bedeutet, dass wir bei den Schulen, bei der Badi oder beim Personal sparen – Personal, welches wir ja dringend brauchen, um diese Massnahmen umzusetzen. Wenn ihr mir jetzt nicht glaubt, dass dieser Fonds millionenschwer werden kann und ihr das Gefühl habt, dass es diese jährliche Öffnung braucht, dann kann ich euch Entwarnung geben: Ihr könnt jedes Jahr bei der Budgetdebatte entscheiden, wenn ihr findet, der Vorschlag des Gemeinderates sei zu wenig gross, dass ihr mehr einlegen wollt. Das könnt ihr hier im Parlament entscheiden. Aber es kann angesichts der Mittel und angesichts des Zustandes des Fonds entschieden werden. Das erachte ich als sehr, sehr wichtig, dass man die Steuerung nicht aus der Hand gibt, das erachtet auch der Gemeinderat als sehr wichtig. Es geht hier also nicht darum, wenn man a) bis e) annimmt, dann hat man in diesem Fonds automatisch mehr Mittel, es geht mehr darum, ob man etwas Automatisches will oder ob wir steuern wollen. Und das Steuern kann zum Schluss das finanzkompetente Organ und das ist das Parlament.

Ich hoffe, dass ihr euch das nochmals überlegt, denn so ein Automatismus könnte für uns wirklich schwierig werden.

Dann möchte ich noch etwas zu Netto-Null Gemeindeverwaltung 2035 sagen: Es wurde von Lukas Erni gesagt, wie wichtig dies ist. Hier will ich auch noch mit einem Missverständnis aufräumen, denn die Gemeindeverwaltung macht heute nicht nichts. Wir arbeiten und es sind ziemlich viele Leute, welche hier jeden Tag arbeiten und manchmal auch zu viel haben. Und ihr ahnt es, auf was ich hinaus will, wenn man ein solch ambitioniertes Ziel erreichen will, dann braucht es Ressourcen und Personal. Man kann nicht A sagen und dann B verwehren, denn dann ist es einfach unmöglich. Wenn man also "ja" zu 2035 sagt, dann hat dies auch direkte Folgen für den Budgetprozess und auf den Investitionsplan. Wir haben im Moment und wir werden bei der Rechnung darüber sprechen, aber insbesondere auch beim Budgetprozess, in diesem Bereich Schwierigkeiten. Einerseits bei der Finanzierung der Investitionen, weil es einfach sehr, sehr viele sind, und andererseits auch bei den Personalressourcen, genügend zu finden. Ich sage nicht, dass es unmöglich ist, aber ich will euch einfach dafür sensibilisieren, dass man dies bei den Finanzen sehen wird. Es hat andere positive Effekte, welche Lukas Erni auch erwähnt hat: Wir sind schneller bei Netto-Null und das hat auch einen Wert, aber ihr müsst euch bewusst sein, dass dies bei der Budgetdebatte eine Auswirkung hat, dass man dies sehen wird und das muss man dann auch unterstützen. Wir haben dies nicht aus dem Grund abgelehnt, weil wir es als schwierig erachten, dies zu erreichen, sondern ich will euch einfach sagen, wenn ihr zustimmt, dann müsst ihr in Zukunft auch mithelfen, diese Ressourcen zu sichern.

Zum Schluss noch eine ganz kleine Bemerkung zu Art. 7 Abs. 2, denn dort geht es darum, welche Massnahmen wir finanzieren: Auch das hat eine finanzielle Auswirkung. Nun haben wir über die Ressourcen gesprochen, was wir reinton müssen, jetzt geht es auch darum, was man finanzieren kann. Um hier auch noch mit einem Missverständnis aufzuräumen: Es ist nicht schwammig, es ist ein Gesetz und keine Massnahmenplanung. In ein Gesetz muss man keine Massnahmen reinschreiben, sondern man muss die Mittel reinschreiben, damit man die Ziele erreichen kann. Und mit diesem Gesetz – und das steht bei a) - sollen Massnahmen der Gemeinde finanziert werden, welche Ziele dieses Reglements erreichen soll und genau dafür ist es da. Das heisst jetzt nicht, dass eure Vorschläge grundsätzlich falsch sind, sondern ich will einfach mit diesem leichten Misstrauen aufräumen, dass dies der Hintergrund ist, dass es schwammig ist. Denn zum Schluss ist für den Gemeinderat ja der Absenkepfad verbindlich und diesen muss er erreichen und das steht in diesem Gesetz. Wie er ihn dann erreicht, da kann ich mir auch vorstellen, dass man in zehn Jahren ganz andere Massnahmen wird treffen müssen, als heute. Das haben wir zuvor auch von Hansueli Pestalozzi gehört. Je nachdem wo man steht, welche Technologien, welche Herausforderungen wir angehen, dann sind dies unterschiedliche Massnahmen.

Dies noch zur Erklärung. Ich hoffe ihr seht, dass dies ein Paket ist, welches zusammenpasst, welches ambitioniert ist, mit dem Ziel, dieses Netto-Null-Ziel zu erreichen. Ich werde bei der Detailberatung nichts mehr zu den Finanzen sagen, da ich jetzt etwas ausführlich geworden bin.

## Detailberatung

### Grundsätze:

**Selin Lopez, FDP:** Ich habe hier eine kurze Stellungnahme zu Art. 1, diesem neuen Absatz welcher hier nach Absatz 6 kommen soll: Es gibt hier zwei Vorlagen, einerseits von der Kommission und einerseits von der SP. Die Gemeinde – so sehen wir das – soll sich alle Optionen offen halten können und entsprechend unterstützen wir, die FDP. Die Liberalen, dies und wollen nicht, dass man mit quasi-Verboten der Gemeinde wieder eine Möglichkeit verwehrt, um dieses Netto-Null-Ziel zu erreichen. Entsprechend ist die Vorlage der SP näher an unserem Leitgedanken und wir sehen dieses Zertifikat nicht wie ein Verbot, sondern eher als Option und entsprechend können wir dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion zustimmen.

**David Müller, Grüne:** Ich möchte mich noch kurz zu unserem Antrag bezüglich der Zertifikate äussern. So wie das Reglement des Gemeinderates vorgelegt wurde, steht kein Wort zu Zertifikaten im Reglement. Wir von den Grünen/Jungen Grünen sind der Meinung, es ist absolut relevant, dass man dies in diesem Reglement regelt, schlussendlich ist es ein Instrument, welches bereits heute existiert, welches in Zukunft vermutlich auch noch existieren wird und wir müssen hier festlegen, in welchen Leitplanken man dies nutzen soll. Wir werden den Antrag der Klimakommission unterstützen. Wir sind der Überzeugung, diese Zertifikate sollen nur im absoluten Notfall genutzt werden und wenn wir sie nutzen, dann ganz im Sinne der Kommissionshaltung, welche Michael Gerber gesagt hat:

Wenn wir sie schon nutzen, dann müssen sie wirklich hohe Standards erfüllen, um zum Beispiel Doppelzählungen verhindern zu können. Dementsprechend werden wir den Antrag der SP/JUSO-Fraktion ablehnen.

Dann will ich an dieser Stelle – es geht hier um die Grundsätze – noch etwas dazu sagen, was Adrian Burren zuvor gesagt hat, bezüglich der Bilanzierungsgrenze: Auch dort geht es darum, dass wir eine Vergleichbarkeit haben. Einerseits innerhalb der Gemeinde über die Jahre hinweg, aber andererseits auch über die Gemeindegrenze hinaus und das ist mit diesem Reglement, so wie es jetzt vorliegt, gewährleistet. Deswegen kann man sich immer noch für mehr Solarstrom in der Gemeinde einsetzen, da bin ich der erste, welcher mithilft. Nächstes Jahr stimmen wir übrigens vermutlich über die kantonale Solarinitiative ab. Dies nur so am Rande, wir können aber auch gerne zusammen einen Vorstoss für Köniz machen.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich habe zuvor gesagt, wir müssen konsequent sein, wenn wir diese Ziele erreichen wollen - egal wie - darum bin ich jetzt wirklich konsequent und ich helfe hier den Antrag der Klimakommission zu unterstützen und will damit mit einem guten Beispiel vorangehen und appelliere wirklich nochmals an die Grünen, spricht mit euren Leuten, dass diese in Zukunft auch konsequent sind. Denn das, was hier im Grossen Rat passiert ist – ich weiss, es geht hier nichts an – aber es sind trotzdem viele Leute hier drin, welche da abgestimmt haben und ja, das Resultat war für mich damals wirklich etwas komisch. Darum: Ich helfe mit, auch gerade wegen des letzten Satzes: "Wenn schon Zertifikate, dann lokale Zertifikate und nur im Notfall".

#### Ziele:

**Andreas Hauser, GLP:** Vielleicht noch eine Bemerkung an Adrian Burren: Die Versorgungssicherheit findest du in Art. 1. Und danke, Reto Zbinden, dass du die Wichtigkeit des Klimawandels anerkennt. Ich sehe nicht, wo jemand auf den Bauern herumhackt. Im Gegenteil: Die Emissionen aus der Landwirtschaft sind nicht im quantifizierten Zielpfad enthalten. Anders als die der Unternehmen. Es ist also gerade umgekehrt.

Der Hebel der Gemeinde ist tatsächlich begrenzt, darum macht es auch Sinn, dass es kein quantifiziertes Ziel gibt. Aber es gibt z.B. bei den landwirtschaftlichen Parzellen, die der Gemeinde gehören, einen gewissen Hebel. Oder vielleicht ehrt Hansueli auch einmal den Klima-Bauernhof des Jahres. Die Ergänzung dieses Absatzes gewährleistet, dass die Gemeinde solche Chancen packt. Genau wie sie sich für die Reduktion der grauen, also indirekten Emissionen einsetzen soll. Diese sind ja ebenfalls nicht im Zielpfad quantifiziert. Sie müssen aber auch reduziert werden, darauf hat Adrian eindringlich und zu Recht hingewiesen. Warum die Landwirtschaft als einzige Branche nicht einmal erwähnt werden soll, verstehe ich nicht. Ihre Erwähnung im Art. 3 ist doch kein Bauern-Bashing.

Dann zu Art. 3, Abs. 2: Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen. Das macht die Gemeinde bereits: Die KMU-Plattform "klimaaktiv.ch" ist seit 2015 ein erfolgreiches Beispiel von Dialog auf Augenhöhe, darum sehen wir nicht, warum dies nicht erwähnt werden soll.

**Selin Lopez, FDP:** Zu Art. 2, da geht es um diesen Absenkpfad im Abs. 1. Wie dies Andreas zuvor auch schon gesagt hat, der Kanton, wie auch der Bund, haben hier 2050 definiert und auch sonst, waren die Zielwerte in der Gemeinde immer 2050. Auch in der Energiestrategie ist es so enthalten und auch der Gemeinderat hatte in seinem ursprünglichen Entwurf ebenfalls 2050 enthalten und jetzt will man einfach plötzlich kürzere Fristen haben. Das Ganze ist ganz einfach, es ist immer eine Frage von Kosten und Nutzen, wie ich es schon ganz am Anfang gesagt habe. Wenn jetzt diese Zielwerte plötzlich angepasst werden, dann kostet dies einfach und zwar hinten rechts, das ist ein Fakt, da müssen wir gar nicht darüber diskutieren. Und wenn man dies in Kauf nehmen will, dann ist das gut, aber es gibt auch dort Grenzen.

Der Gemeinderat ist sich auch bewusst, dass man dieses Netto-Null-Ziel 2050 nicht alleine wird erreichen können, sondern wir sind auf Initiativen von Privaten und von der öffentlichen Hand angewiesen und zwar von allen Ebenen. Das ist für alle klar, aber diese erheblich höheren Kosten, um diesen Absenkpfad zu finanzieren, das können wir nicht unterstützen und darum kam auch unser Vorstoss mit wieder 2050. "Back to the roots" quasi und diese Black Box, diese wollen wir nicht unterstützen. Das zu Art. 2 Abs. 1.

Dann zu Art. 2, Abs. 3, da ist unser Antrag, dass wir keine erweiterte Verschärfung für die Gemeindeverwaltung wollen. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und wir können diesen Antrag schlichtweg nicht unterstützen.



Dann zu Art. 3, Abs. 1: Die Emissionen der Landwirtschaft wird hier von der Kommission explizit aufgeführt. Auch das ist für uns nicht verständlich. Einerseits hat die Gemeinde auch kaum einen Spielraum und noch viel weniger Kompetenzen und diesen Wirtschaftssektor ist vor allem kantonal und eidgenössisch geregelt und jetzt hier auch noch Vorschriften zu geben, in einem Sektor, welcher eh gebeutelt ist, da finden wir, dass es einfach irgendwo Grenzen gibt.

Dann noch Art. 3, Abs. 3: Da geht es um die Sensibilisierung von Privatpersonen. Unseres Erachtens ist diese Sensibilisierung der Bevölkerung und der Betriebe eine geeignete Massnahme und es steht im Artikel, man soll geeignete Massnahmen treffen und das ist ja eine geeignete Massnahme. Warum muss dies jetzt explizit eingefügt werden, wenn dies ja sowieso implizit enthalten ist? Das verstehen wir einfach nicht, das ist einfach wieder einmal unnötig.

**David Müller, Grüne:** Auch ich will mich noch zu diesen Artikel äussern. Zuerst bezüglich dem Absenkepfad bzw. hier hatte ich eigentlich das Gefühl, ich müsste nichts mehr sagen, es sei ja zuvor schon klar gewesen, aber jetzt will ich noch etwas zu Selin erwidern und zu dieser Argumentationsweise, dass national und kantonal ja alles geregelt sei und wir nicht mehr brauchen: Ich denke, gerade eine Partei, welche immer wieder einmal das Wort "Eigenverantwortung" braucht. Eigenverantwortung ist doch nicht zu sagen, ich schaue wie es die anderen machen, sondern ist eben Verantwortung zu übernehmen und es hier zu machen. Und die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind diesbezüglich klar, wenn man schaut, wie viel CO<sub>2</sub>-Budget wir noch haben, wie lange geht es, wenn wir so weitermachen bzw. wenn wir mit dem Pfad weitermachen, welche die Schweiz sich auferlegt hat, dann ist dies zwar nicht hinten rechts, aber unser CO<sub>2</sub> Budget ist in einigen Jahren aufgebraucht. Insofern ist es eben unsere Verantwortung, das zu machen, was wir hier machen können. Und dann noch zum Argument Kosten-Nutzen: Ja genau, auch dort die Studien, welche zum Beispiel Zürich und Basel haben machen lassen, diese zeigen ganz klar, das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist positiv. Es lohnt sich, schneller diese Emissionen zu reduzieren. Ich verstehe es nicht.

Dann will ich noch kurz auf die Landwirtschaft zu sprechen kommen. Andreas hat es zuvor gesagt und auch ich sehe hier kein Bashing. Ich finde es eher umgekehrt nicht konsequent, wenn man einerseits fordert, man soll den Scope öffnen und alles berücksichtigen, aber das Einzige, was jetzt dann abgesehen von der Schifffahrt nicht erwähnt wird, ist die Landwirtschaft. Ich sehe dies nicht. Was ich noch einigermaßen nachvollziehen kann ist, warum die Landwirtschaft explizit genannt werden soll, aber auch dafür gibt es einen Grund, denn eigentlich wäre die Landwirtschaft in der territorialen Emissionen mit drin, wenn man es einfach so anschauen würde. Aber sie wurde aus den vorgenannten Gründen aus dem Emissionsabsenkepfad rausgenommen und man handhabt sie eigentlich gleich, wie die grauen Emissionen. Darum: Es macht völlig Sinn und auch der Vergleich mit den anderen Industriebetrieben, dieser zieht überhaupt nicht, denn genau diese sind ja im Absenkepfad enthalten. Für diese gelten noch viel schärfere Bestimmungen, als für die Landwirtschaft. Ich verstehe wirklich nicht, wo hier das Bashing ist. Denn irgendein Betrieb, welcher Prozesswärme braucht und hier Gas verbrennt, der ist hier ja genau berücksichtigt. Darum bin ich der Meinung, das ist eine Ergänzung, welche es unbedingt braucht, dies im Sinne von, das, was die Gemeinde machen kann, soll man machen, um diese Emissionen zu reduzieren.

**Reto Zbinden, SVP:** Da ich direkt angesprochen worden bin, komme ich nochmals. Es ist eben trotzdem ein Bashing, denn es ist die einzige Branche, welche explizit erwähnt ist. Ich kann es nochmals sagen: Es ist nichts anderes explizit erwähnt, ausser die Landwirtschaft. Warum? Warum immer auf die Landwirtschaft losgehen? Wir sind uns hier nicht einig, ich habe zuvor gesagt, ich helfe auch entgegen zu kommen, ich bitte euch auch entgegen zu kommen und diesen Art. 3, Abs. 1 zu streichen. Und noch etwas zur Eigenverantwortung, welche angesprochen wurde: Eigenverantwortung sehen wir nicht als "wir schauen zu, wie die anderen etwas machen". Wir machen es eben selber. Ein gutes Beispiel sitzt hier drin mit Adrian Burren, ihr wisst, wie er seinen Betrieb aufgebaut hat und auch wir anderen, wir machen einfach. Ohne Reglement, ohne irgendetwas und das ist Eigenverantwortung und nicht, wir schauen nur zu, das war beinahe schon eine Unterstellung.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi:** Zu den Art. 2 und 3 will ich einfach noch kurz die Haltung des Gemeinderates mitteilen: Zu Art. 2 Abs. 1, zum Absenkepfad, das habe ich bereits in meinem Eintretensvotum gesagt. Zum internationalen Schiffsverkehr, das habe ich auch bereits gesagt, das ist in Ordnung, diesen zu streichen. Dann Gemeindeverwaltung bis 2035: Das hat Tanja bereits gesagt, da müsst ihr euch bewusst sein, das wird einfach sehr teuer.

Unser Hauptproblem sind die Liegenschaften im Finanzvermögen. Bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, da sehen wir, das kriegen wir hin.

In der Klima- und Energiestrategie der Gemeinde Köniz ist vorgesehen, dass die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen - das sind vor allem die Schulhäuser und das Gemeindehaus etc. - bis 2030 klimaneutral sind. Aber die Liegenschaften im Finanzvermögen - das sind häufig Mehrfamilienhäuser, das sind häufig auch Liegenschaften, welche wir als strategische Reserven haben – dort ist es schwieriger. Denn vielleicht wird eine solche strategische Liegenschaft in fünf bis zehn Jahren abgebrochen und dann kommt es einfach sehr teuer, das Heizsystem für die letzten fünf oder zehn Jahre zu wechseln. Das ist der Grund, warum der Gemeinderat dies ablehnt.

Dann, dass man die Emissionen der Landwirtschaft bei den grauen Emissionen erwähnt, das lehnt der Gemeinderat ebenfalls ab, denn diese sind implizit bei den grauen Emissionen drin. Das ist dort nicht gemeint und wie bereits gesagt, wir haben – ausser vielleicht einen vorbildlichen Bauernhof auszuzeichnen – von der Gemeinde her keine Hebel, hier einzuwirken.

Dann noch zu Art. 3, Abs. 2, wo man noch die Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen erwähnen will. Das versteht sich wie von selbst, wenn ihr dann das Klimamassnahmenpaket anschaut, dann seht ihr, diese Massnahme ist dort explizit aufgeführt. Von daher ist dies doppelt gemoppelt, wenn man dies hier auch noch reintut.

**Andreas Hauser, GLP:** Zum neuen vorgeschlagenen Artikel zur Pensionskasse: Der Artikel gibt Tanja und Christian eine generelle Richtschnur mit auf den Weg, mehr nicht. Dessen sind wir uns bewusst. Wir haben das schlechte Klima-Rating der Pensionskasse Köniz in diesem Saal auch schon diskutiert. Inzwischen hat sie sich immerhin auf das Niveau "Erste Schritte eingeleitet" verbessert. Das ist aber noch nicht "good practice" oder gar "visionär" wie es z.B. die Pensionskassenstiftung Abendrot vormacht. Und nein, deswegen müssen die Versicherten nicht auf eine angemessene Rendite verzichten. Zumindest hat die Stiftung Abendrot im Schweizerischen Pensionskassen-Rating 2023 den 1. Preis in der Kategorie "Höchste Anlagerendite über drei Jahre" gewonnen. Ich kann euch den Hintergrund dieses Ratings nicht im Detail erläutern, aber es ist klar, dass eine angemessene Rendite mit einer nachhaltigen Anlagenpolitik vereinbar ist.

**Selin Lopez, FDP:** Wir lehnen diesen Vorschlag klar ab. In unseren Augen ist er einfach wirkungslos. Der Gemeinderat hat keinen Einfluss auf die Anlagestrategie der Pensionskasse. Er kann insbesondere keine Vorgaben erzwingen. Die Pensionskasse hat einen Auftrag und das ist die Finanzierung der Renten und die Guthabensicherung der Versicherten. Das ist es. Der Gemeinderat kann gegenüber der Pensionskasse und der Gemeindevertreter nur unverbindliche Empfehlungen abgeben, weshalb dieser Artikel hier keine Wirkung haben würde, zumindest nicht jene, welche sich die Antragstellenden erhoffen.

Eine solche Regelung im Reglement bläht dieses nur unnötig auf und ist unseres Erachtens auch wieder einfach nur unnötig. Eine Einschränkung der Anlagenstrategie der Pensionskasse ist unseres Erachtens sogar gefährlich und muss entsprechend von uns abgelehnt werden.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi:** Hier noch die Haltung des Gemeinderates zu diesem Thema: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Pensionskasse eigenständig ist – das deckt sich mit dem, was Selin Lopez gesagt hat – und in der Formulierung seht ihr schon, wenn man sagt "im Rahmen ihrer Kompetenzen", dann geht dies in Richtung null. Die Pensionskasse muss hier selber entscheiden, was sie machen soll und was nicht. Einen Tatbeweis hat unsere Pensionskasse ja bereits erbracht, sie geht bereits in diese Richtung. Darum lehnt der Gemeinderat diesen Zusatz ab.

#### Klima- und Energiestrategie:

Keine Voten

#### Zusammenarbeit:

Keine Voten

#### Controlling und Berichterstattung:

Keine Voten

### Spezialfinanzierung "Klimaschutz":

**Selin Lopez, FDP:** Wir sind hier bei Art. 7, Abs. 2. Es geht um den Einsatz der Gelder aus der Spezialfinanzierung. Es geht vor allem um den Antrag der Kommission. Wir sehen eine noch spezifischere Zweckbindung als nicht notwendig an. Nur weil einige Punkte aufgeführt worden sind, heisst dies nicht, dass hier sehr viel Geld investiert wird, das macht keinen Sinn. Und wenn es jetzt darum geht, wie man die Privaten finanzieren will, dann hat der Bund und jetzt erst gerade der Kanton gerade etwas eingeführt und das macht auch Sinn, das auf dieser Stufe unterstützt wird und die Verwendung der Gelder ist von uns aus gesehen eine Frage der Strategie, des Massnahmenpakets, welches man beschliesst und es ist eine Frage, was der Gemeinderat für einen Plan hat, denn dieser muss den Absenkpfad dann ja auch einhalten. In diesem Sinne soll es dann ja schlussendlich etwas sein, was ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat.

Dann komme ich noch zu Art. 7, Abs. 3: Das ist unser eigener Antrag gemeinsam mit der SVP. Es geht um das Kosten-Nutzen-Verhältnis - was ich schon mehrmals erwähnt habe – und zwar haben wir hier eine Ergänzung, dass wir über die entsprechenden Überlegungen und allfälligen Berechnungen vom Gemeinderat gerne Bericht erstattet hätten. Für uns ist besonders wichtig, dass der Nutzen der Massnahmen auch finanziell benannt und offengelegt wird und wir wollen wissen, inwiefern die Erfolgsrechnung mit diesen Massnahmen auch tatsächlich entlastet werden sollen, wenn man schon von Kosten-Nutzen spricht. Dies muss man auch beziffern können und das hätten wir dann auch gerne in diesen Berichten, wenn möglich.

Zu Art. 7, Abs. 5, a): Dort haben wir einen Antrag gestellt, weil wir festgestellt haben, dass dies grammatikalisch immer noch falsch ist. Und zwar wäre hier korrekt, wenn man dies vielleicht noch anpassen könnte: "Mit den *im* Budget dafür bewilligten Mitteln." Ich kann dies sonst auch noch schicken, falls Bedarf besteht. Es ändert nichts am Sinn und Zweck der Norm, es geht lediglich um eine grammatikalische Anpassung, welche in einem solchen Reglement stimmen sollte.

Zu Art. 7, Abs. 5: Zuerst gehe ich auf den Antrag der Kommission ein. Auch wir können die Bindung der Einnahmen nicht unterstützen. Unseres Erachtens ist es gefährlich, einen Verteilschlüssel so detailliert im Reglement zu benennen. Relativ wenig Spielraum und die Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung im Steuerhaushalt sind für uns sehr unberechenbar. Also der Beschluss mit den von der Kommission vorgeschlagenen Prozentanteilen wäre höchst fahrlässig und könnte uns als Gemeinde doch auch als sehr teuer zu stehen kommen. Und hier vielleicht ein Blick zur GLP. Wir finden auch, dass ihr hier heute auch einmal genau Stellung beziehen könntet, falls ihr diesen Antrag der Kommission unterstützt, wo hier genau bei der GLP das "L" ist, das Liberale. Das Grüne, das spüren wir sehr, aber das "L" ist etwas verloren gegangen. Mit diesem Verlust sehen wir auch, dass ihr helft, dass es wieder zu einer Steuererhöhung kommen wird, was auch ein sehr realistisches Szenario sein könnte. Eine solche, für uns sehr unseriöse, Finanzpolitik, kann die FDP. Die Liberalen nicht mittragen. Weder die Kosten noch die Erträge sind bekannt. Kann die Gemeinde einen solchen Blindflug tatsächlich verantworten?

Noch eine ganz kleine Randbemerkung: Wir müssen noch darauf hinweisen, dass die jeweils gültigen finanzpolitischen Regeln, wie Fiskalregeln und vielleicht dann irgendwann einmal die Schuldenbremse, wenn diese dann mal endlich steht, eingehalten werden müssen - unabhängig davon, was wir hier heute entscheiden. Das wäre es zum Antrag der Kommission.

Dann haben wir selber ja auch noch mit der SVP gemeinsam einen Antrag gestellt. Und zwar haben wir erkannt, dass es vermutlich schwierig werden wird und haben einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet. Und zwar sind wir zusammen mit der SVP mit gewissen Abgaben, welche gebunden sind, einverstanden. Ihr seht es im Antrag, ich will nicht mehr länger auf die Höhe eingehen. Wir wollen nicht auf Biegen und Brechen zweckgebundene Mittel blockieren, so dass man auch in Zukunft auf eine Jahresrechnung zurückschauen kann, welche hoffentlich positiv sein wird.

Mit höheren Beiträgen sehen wir ein grosses, schwarzes Loch, ohne die Gewissheit, was hier noch alles kommt. Höhere Zinsen werden uns heute schon bald im Haushalt belasten und sicherlich auch in den nächsten Jahren. Auch weitere Ereignisse sind im Hinblick, was in den letzten Jahren alles geschehen ist, nicht ausgeschlossen – der Zins, die Strommangellage, Kriege, Pandemie. Haltet Augenmass, unterstützt unseren Antrag, macht nicht einfach einen Blindflug, sondern tragt Sorge zum Geld der Gemeinde.

**Andreas Hauser, GLP:** Selin, bei den Spezialfinanzierungen ist es so, diese schränken die Flexibilität auf die eine Art ein, man schafft dafür aber mehr Flexibilität für Klimamassnahmen. Man sollte das Instrument Spezialfinanzierung sparsam einsetzen.

Eine Spezialfinanzierung kann dann sinnvoll sein, wenn erstens ihr Zweck einigermaßen klar definiert ist und wenn sie zweitens mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet ist. Beides ist mit den Anträgen der Klimakommission der Fall, nicht aber mit der Gemeinderats-Version.

Ein Beispiel für eine sinnvolle Anwendung der Spezialfinanzierung: Bei einem Privathaushalt steigt die Ölheizung aus, das Fernwärmenetz wird erst in ein paar Jahren bereit sein. Die Gemeinde bietet eine Überbrückungs-Heizung, um zu verhindern, dass der Privathaushalt in der Zwischenzeit wieder eine Ölheizung kauft und beim Wärmenetz nicht mitmacht.

Keine sinnvolle Verwendung dieser Spezialgelder wäre z.B. der Schulhausbau, auch wenn er nach Minergie und gemäss dem Postulat "Köniz baut mit Holz" erfolgt. Das gehört ins ordentliche Budget der Gemeinde. Die offenen Formulierungen des Gemeinderats müssen wir deshalb präzisieren und diese Präzisierung ist kein Verteilschlüssel.

Wir haben ebenfalls diskutiert, ob Buchstabe a) genügend präzise ist. Es kann sein, dass das Reglement später noch eine ergänzende Präzisierung braucht. Wir sind aber dafür, heute schon mal den Grundsatz zu verankern.

Mit dem Antrag von FDP/SVP zur Kosten-Nutzen-Darlegung sind wir einverstanden.

Noch zur Finanzierungsseite: Die CHF 480'000, welche der Gemeinderat mit den Anteilen aus den Energienetz-Abgaben schätzt, scheinen uns nicht übertrieben. Wir gehen aber nicht davon aus, dass sich diese so auftürmen, wie dies Tanja Bauer zu Beginn geschildert hat. Zum Vergleich: Die Spezialfinanzierung Feuerwehr erhielt letztes Jahr CHF 2 Mio.

Zum Kompromissvorschlag der FDP/SVP: Dort sind jetzt einfach Höchst- und nicht Mindestbeiträge enthalten. Damit hat man trotzdem keine Sicherheit, dass ein regelmässiger Betrag enthalten ist, mit welchem man planen könnte. Darum sehe ich hier den Kompromisscharakter nicht.

**David Müller, Grüne:** Zuerst noch zwei grundsätzliche Punkte: Ja, es braucht mehr und ja, wir helfen nicht erst in Zukunft, sondern eben schon heute und darum hoffe ich, dass diese Anträge hier eine Mehrheit finden. Dann will ich noch einen Punkt zum Votum von Tanja Bauer sagen: Ganz ehrlich, wir haben schon lange eine Energie- und Klimastrategie und auch diese hätte bereits Leitplanken für den Gemeinderat gesetzt. Doch wir wissen auch alle, wo wir heute stehen. Haben wir diese Ziele erreicht oder nicht? Ich denke, es ist klar, wir haben diese nicht erreicht. Im Gegenteil, wir haben in den letzten Jahren sogar noch das Budget bei der Fachstelle Energie gekürzt, welche dazu hätte beitragen können, dass wir dort besser auf Kurs kommen. Insofern: Ja, ich bin überzeugt, es braucht mehr und darum braucht es auch diese Anträge.

Und dann, wenn ich es richtig verstanden habe, wird die SP/JUSO-Fraktion – ich hoffe noch – vielleicht den Art. 7, Abs. 2 ablehnen. Dann würde es mich interessieren, ob ihr dagegen seid, dass Private unterstützt werden, wenn die entsprechende Massnahme ohne Unterstützung wirtschaftlich nicht tragbar wäre? Ich kann es mir fast nicht vorstellen. Beziehungsweise, seid ihr dagegen, dass Pilot- oder Demonstrationsprojekte unterstützt werden können, wenn sie den Zielen dieses Reglements dienen? Auch das kann ich mir kaum vorstellen. Und der nächste Punkt, ist eigentlich beinahe der Zentralste: Wir müssen klären, wofür die Gelder in dieser Spezialfinanzierung genutzt werden sollen. Und eben nicht für ein Schulhaus, welches am Verlottern ist und sowieso saniert werden muss und dies danach als Klimaschutzmassnahme zu verkaufen, weil es danach weniger Energie verbraucht, als zuvor. Ich meine, schlussendlich wollen wir doch Schulhäuser, in welchen unsere Kinder Schule haben können und da geht es nicht um Klimaschutz. Es geht darum, dass wir hier definieren, dass dieses Geld für Massnahmen vorgesehen ist, welche eben nicht sowieso gemacht werden müssen. Und darum braucht es diese Präzisierung meiner Meinung nach. Abgesehen davon, ist es ja eigentlich eine ziemlich flexible Formulierung, dass man sogar in begründeten Fällen Ausnahmen vorsehen kann.

Dann zum Antrag der FDP und SVP bezüglich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses: Wir erachten es nicht als nötig, diesen Zusatz noch reinzunehmen, denn konsequenterweise müsste man dann eigentlich auch reinnehmen, dass der Gemeinderat jeweils auch noch Bericht erstattet, wie er mit der Sozialverträglichkeit dieser Massnahmen umgegangen ist. Wenn ihr dies noch in euren Antrag aufnehmen wollt, fühlt euch frei, aber wir sind nicht der Meinung, dass es nötig ist.

Dann zu Art. 7, Abs. 5: Wie gesagt, ganz grundsätzlich, wir brauchen diese Gelder und das, was wir hier vorsehen, ist nicht ein Luxus, welchen wir uns hier leisten, sondern es ist eigentlich das absolute Minimum. Wenn man es vergleicht – von der Stadt Bern muss man gar nicht erst sprechen, dort stehen noch ganz andere Töpfe zur Verfügung, für entsprechende Massnahmen, z.B. für solche Massnahmen, wie es Andreas zuvor gesagt hat, mit den Übergangslösungen bei Wärmeverbänden – aber auch wenn man in Richtung Stadt Biel schießt, auch dort sind es mehrere CHF 100'000 mehr, welche jährlich in die Spezialfinanzierung fliessen.

Darum: Ich glaube, mit diesem Antrag gibt es eine gewisse Planungssicherheit. Es wird ein minimaler Betrag garantiert und trotzdem hat man diese Flexibilität, dass, wenn es nötig ist, man noch zusätzliche Gelder reintun könnte, aber man ist nicht gezwungen. Dementsprechend werden wir logischerweise den Antrag der FDP/SVP zu Art. 7, Abs. 5 ablehnen.

**Casimir von Arx, GLP:** Ich komme noch kurz ans Mikrofon, weil sich ja die FDP über unser "L" im GLP sorgt. Es freut uns, dass ihr an uns denkt, wir denken manchmal auch an euch. Wir haben immerhin ein "L" im Parteikürzel. Wir machen eigentlich nur das, was unser Parteiname sagt. Jetzt geht es heute um das Grüne und wenn dies, wie dies die Gemeindepräsidentin befürchtet, zu einem Sparpaket führen könnte, dann sind wir dann auch konsequent, da wissen wir dann die Prioritäten schon zu setzen.

Dann noch eine Frage an Hansueli Pestalozzi: Du hast zuvor gesagt, die Landwirtschaftsemissionen seien graue Energie. Wir haben hier gegoogelt und geschaut und kommen nicht darauf, wie du zu dieser Behauptung kommst. Vielleicht könntest du dies noch erläutern, denn dann wäre es wirklich doppelt gemoppelt. Doch wir können dies nicht nachvollziehen.

**Michaela Bajraktar, JUSO:** Ich komme noch ganz kurz, denn eigentlich habe ich das Gefühl, dass wir uns nicht für unsere Meinung rechtfertigen müssen. Wir haben dies in der Fraktion diskutiert und wir möchten dem Gemeinderat folgen, weil wir das Gefühl haben, dass es zu einer Doppelspurigkeit führt, denn es wird bereits finanziert. Und es wird ja nach diesem Gesetz noch eine Verordnung geben und wir haben das Gefühl, dass dies dann dort sicherlich drinstehen wird.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi:** Ja, Casimir von Arx, wenn du das so genau nimmst, dann hast du natürlich absolut recht. Graue Emissionen sind jene, welche nicht territorial anfallen. Wenn wir also eine Plastikente kaufen, welche in China produziert worden ist und dort CO<sub>2</sub>-Emission verursacht hat, dann ist dies graue Emission. Es stimmt und danke für die Korrektur. Diese Treibhausgasemissionen, welche lokal eben auch von der Landwirtschaft emittiert werden, dass ist nach Definition Scope 1, das ist keine graue Emission. Doch, wir haben diese aus unserem Absenkpfad rausgenommen, wie schon erwähnt, weil wir eben dort keinen direkten Einfluss haben.

Art. 7, Abs. 2: Soll man mit den Geldern aus dem Klimafonds auch Massnahmen von Privaten unterstützen und dies hier explizit ins Reglement reinschreiben? Der Gemeinderat ist ganz klar der Meinung, dass wir hier ein schlankes Reglement wollen. Wenn ihr seht, Art. 7, Abs. 2, lit. a): "Die Mittel der Spezialfinanzierung dienen der Finanzierung von Massnahmen der Gemeinde, damit die Ziele dieses Reglements erreicht werden." In dieser Formulierung sind die ganzen Massnahmen auch vom Klimamassnahmenpaket enthalten und wenn ihr dieses genau studiert, dann seht ihr, dass hier durchaus die eine oder andere Massnahme auch Privaten zu Gute kommt. Also ist dies die sehr viel schlankere Version, als wenn wir dies jetzt so reglementieren, wie dies die Klimakommission vorschlägt. Und ausserdem fürchte ich hier einen ziemlich hohen administrativen Aufwand, um dies umzusetzen, so wie dies die Klimakommission vorschlägt. Ich habe dies damals bereits der Kommission gesagt und wir haben hier auch die Stellungnahme von unserem Rechtsdienst, welcher sagt: Sobald es um nennenswerte Gelder geht, welche rechtsgleich verteilt werden sollen, muss man die Massnahmen zur Unterstützung Privater mindestens in den Grundzügen auf Stufe Reglement regeln. Das heisst, es könnte sein, dass ich dann nochmals zu euch kommen muss und nochmals in diesem Reglement detaillieren muss, was genau man bei den Privaten unterstützt. Das ist nicht unmöglich, das wird auch gesagt, aber es ist einfach ein ziemlich hoher administrativen Aufwand, denn sobald der eine etwas erhält, kommt der andere und sagt, er habe dasselbe jetzt auch zu Gute. Wir müssen dafür sorgen, dass alle gleich behandelt werden und darum könnte dies sehr schwierig werden. Darum bitte ich euch, diesen Antrag der Klimakommission, Art. 7, Abs. 2 abzulehnen und auf die schlanke Variante des Gemeinderates umzuschwenken.

Dann Art. 7, Abs. 3, der Zusatz der FDP/SVP: Da will ich darauf hinweisen, dass wir in Art. 6, Abs. 3 Klimareglement, bereits eine Berichterstattung enthalten haben. Da steht: "Er (der Gemeinderat) berichtet der Öffentlichkeit alle vier Jahre über die umgesetzten, beschlossenen sowie die geplanten Massnahmen, welche für die Erreichung der Zielsetzungen notwendig sind." Und hier ist klar, dass bei den umgesetzten Massnahmen dann auch darauf eingegangen wird, wie man diese umgesetzt hat, wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist etc. Das gehört für mich dort hinein und dies wäre von mir aus gesehen, doppelt gemoppelt, wenn man dies jetzt nochmals ins Reglement reinschreiben würde.

Dann komme ich noch auf einen wichtigen Punkt: Es geht um ein "im". In Art. 7, Abs. 5, lit. a): "Der Gemeinderat schlägt vor, mit dem Budget dafür bewilligte Mittel ...".

Das ist kein Schreibfehler oder falsches Deutsch. Das ist ganz wichtig, dass dies so steht "... mit dem Budget dafür bewilligte Mittel ...". Denn wenn man dies so ändert, wie ihr dies von der FDP/SVP vorschlägt "... mit dem *im* Budget dafür bewilligte Mittel ..." dann könnte man dies einschränkend interpretieren, dass dies zwingend in einem Budgetkonto sein muss. Das wäre dann wiederum interpretationsbedürftig. Es schränkt also ein und ist dann nicht ganz klar, was damit gemeint ist. Nimmt man die gemeinderätliche Version, dann ist dies offener, dann kann dies ein Budgetkonto sein oder auch ein separater Beschluss, welchen man gleichzeitig mit dem Budget fällt. Und darum empfehle ich euch hier dringend, auf der gemeinderätlichen Version zu bleiben. Ich staune ja selber, was ein Wort ausmachen kann, aber das ist bei den Gesetzestexten so, diese sind hier ziemlich heikel.

Dann Art. 7, Abs. 5, lit. e), Antrag Klimakommission: Das hat Tanja Bauer bereits ausführlich erläutert. Wir wollen vom Gemeinderat keinen Automatismus. Wir haben mit diesem Automatismus schlechte Erfahrungen bei der Zinsschwankungsreserve gemacht, ihr könnt euch vielleicht erinnern. Und noch das: Wenn ihr dies so festlegt, dann schränkt sich das Parlament selber den Handlungsspielraum ein. Darum bittet euch der Gemeinderat, dies abzulehnen, zusätzlich zu all den Argumenten, welche Tanja Bauer noch gebracht hat, dass man nämlich dem Steuerhaushalt so direkt Mittel entzieht.

Dann noch der Antrag der FDP/SVP zu Art. 7, Abs. 5, lit. e): Da sagt man maximal 10% dieser Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grunds. Dieser wird durch lit. a) "... mit dem Budget dafür bewilligte Mittel ..." irgendwie obsolet, denn damit kann man ohnehin mehr als 10%, wenn man möchte. Darum empfiehlt euch der Gemeinderat, auch diesen Antrag abzulehnen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Nur zwei Ergänzungen zu Sachen, welche zuvor genannt worden sind.

Zuerst zu Andreas Hauser, welcher auf die Spezialfinanzierung Feuerwehr verwiesen hat: Das ist eine ganz andere Spezialfinanzierung, diese ist gebührenfinanziert und dort geht es darum, dies kostendeckend der Feuerwehr zu Gute kommen zu lassen. Es ist etwas anderes, was wir hier machen. Und vielleicht merkt man auch, es hat ein gewisses Misstrauen dahinter. Das Gesetz, was ihr macht, ist eben kein Massnahmenplan, das haben wir gehört. Man muss in dieses Gesetz keine Massnahmen reinschreiben, sondern es soll das finanziert werden, was zu Netto-Null 2045 führt. Damit ist alles Wichtige für dieses Gesetz gesagt. Und damit ist auch die Finanzierung eigentlich klar, wie viele Mittel es braucht. Und dann ist es eben nicht der Buchstabe e), welcher diese Mittel gewährleistet, sondern die Buchstaben a) und b), welche für euch eigentlich viel interessanter sind. Doch e) kann wirklich eine Schwierigkeit mit dem Automatismus sein und etwas kreieren, was ihr euch gar noch nicht vorstellen könnt. Darum: a) bis d) reichen vollständig aus, um das zu finanzieren, was ihr wollt.

**Matthias Müller, EVP:** Bevor wir dann irgendwann abstimmen dürfen, würde ich gerne den Antrag auf einen Sitzungsunterbruch stellen, damit wir uns hier noch entsprechend fokussieren können.

#### **Beschluss Sitzungsunterbruch:**

Das Parlament beschliesst einen Sitzungsunterbruch.  
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

#### **Zuständigkeiten und Informationspflichten:**

Keine Voten

#### **Schlussbestimmungen:**

**David Müller, Grüne:** Es gab in der Pause noch Diskussionen, darum würde ich gerne einen Antrag anpassen und zwar betr. Art. 7, Abs. 2: Hier sollen die ersten beiden a) und b) gelöscht werden und der Rest belassen werden. Also a) "Die Unterstützung entsprechender Massnahmen Privater ..." und b) "... Pilot- und Demonstrationsprojekte". Weiterhin stehen gelassen werden soll "... nicht unterstützt werden" etc.

Dies als neuer Antrag im Sinne eines Kompromisses, weil wir ja zuvor seitens SP/JUSO-Fraktion gehört, haben, dass keine Unterstützung für den Antrag der Klimakommission besteht. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass es dort keine Mehrheit gibt. Das ist in diesem Sinne ein Kompromissversuch, um den unteren Teil trotzdem im Reglement haben zu können.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Röthlisberger:** David Müller, könntest du bitte kurz zu Verena Remund?

**David Müller, Grüne:** Um das Prozedere zu vereinfachen: Unter der Voraussetzung, dass sowieso über die einzelnen Buchstaben einzeln abgestimmt wird – wenn dies nicht so wäre, dann würde ich dies so beantragen – dann stellen wir keinen zusätzlichen Antrag.

### **Beschluss der Gegenüberstellung der Abänderungsanträge zu Art. 1 neuer Absatz**

Der Antrag der Klimakommission obsiegt gegenüber dem Antrag der SP/JUSO:

#### Antrag Klimakommission

Die Gemeinde verzichtet nach Möglichkeit auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen. Zertifikate für unvermeidbare Treibhausgasemissionen oder zur zeitlichen Überbrückung müssen international anerkannte Mindeststandards erfüllen, lokale Zertifikate werden nach Möglichkeit bevorzugt.

#### Antrag SP/JUSO

Die Gemeinde verzichtet nach Möglichkeit auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen für Antrag Klimakommission / 14 Stimmen für Antrag SP/JUSO)

### **Beschluss über Sieger der Gegenüberstellung**

Das Parlament stimmt folgendem Änderungsantrag der Klimakommission zu:

Die Gemeinde verzichtet nach Möglichkeit auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen. Zertifikate für unvermeidbare Treibhausgasemissionen oder zur zeitlichen Überbrückung müssen international anerkannte Mindeststandards erfüllen, lokale Zertifikate werden nach Möglichkeit bevorzugt.

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür / 13 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 2 Abs. 1**

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der FDP/SVP ab:

Die netto-Treibhausgasemissionen auf dem Gemeindegebiet von Köniz, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf, dürfen folgende Werte nicht überschreiten:

- a) 2023: **2,45 t**
- b) 2027: **2,12 t**
- c) 2031: **1,79 t**
- d) 2035: **1,41 t**
- e) 2039: **1,04 t**
- f) 2043: **0,66 t**
- g) 2047: 0,28 t**
- h) 2050: 0 t**

(Abstimmungsergebnis: 27 dagegen / 12 dafür)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 2 Abs. 2**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Klimakommission zu:

Treibhausgasemissionen im Sinn von Absatz 1 sind alle energiebedingten Emissionen auf dem Gemeindegebiet ohne den ~~internationalen Schiffs- und Flugverkehr~~; hinzu kommen die am Anteil der Gemeinde Köniz bemessenen Treibhausgasemissionen der Abwasserreinigungsanlagen und der Kehrlichtverbrennungsanlage ausserhalb des Gemeindegebiets.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 2 Abs. 3**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Grünen/Jungen Grünen zu:

Die Gemeindeverwaltung erreicht für ihre direkten Treibhausgasemissionen das Ziel netto Null spätestens im Jahr ~~2040~~ **2035**. Dies gilt auch für Institutionen, die zu mindestens 50% von der Gemeinde finanziert werden oder an denen sie zu mindestens 50% beteiligt ist. Der Gemeinderat führt eine entsprechende Liste.

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür / 13 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 3 Abs. 1**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Klimakommission zu:

Die Gemeinde setzt sich für die Reduktion der grauen Emissionen **und der Emissionen aus der Landwirtschaft** ein.

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 12 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 3 Abs. 2**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Klimakommission zu:

Sie trifft dafür geeignete Massnahmen für die von der Gemeinde beeinflussbaren Bereiche, insbesondere bei der Erstellung von Bauwerken, bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben **und der Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen**.

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 12 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag für neuen Artikel zu den klimaverträglichen Finanzflüssen**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Klimakommission zu:

**Die Gemeinde setzt sich im Rahmen ihrer Kompetenzen dafür ein, dass die Pensionskasse:**

- a) die Klimaverträglichkeit ihres Anlageportfolios jährlich misst und veröffentlicht,**
- b) gezielte Schritte zur Dekarbonisierung ihres Wertschriftenportfolios unternimmt,**
- c) ihr Stimmrecht bei in- und ausländischen Unternehmen aktiv zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung wahrnimmt.**

(Abstimmungsergebnis: 26 dafür / 12 dagegen)



### **Beschlüsse zu Abänderungsanträge zu Art. 7 Abs. 2**

Das Parlament lehnt folgende Abänderungsanträge der Klimakommission ab:

Die Mittel der Spezialfinanzierung dienen **dem Zweck dieses Reglements und können eingesetzt werden für:**

- a) die Unterstützung entsprechender Massnahmen Privater, wenn diese ohne diese Unterstützung wirtschaftlich nicht tragbar wären,**

(Abstimmungsergebnis: 20 dagegen / 18 dafür)

- b) Pilot- und Demonstrationsprojekte,**

(Abstimmungsergebnis: 20 dagegen / 18 dafür)

- c) die Finanzierung von Massnahmen der Gemeinde, ~~damit die Ziele dieses Reglements erreicht werden,~~**

(Abstimmungsergebnis: 20 dagegen / 18 dafür)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Klimakommission zu:

**Nicht unterstützt werden**

- a) Massnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen**

- b) Massnahmen, die bereits von Bund oder Kanton gefördert werden.**

**In begründeten Fällen kann der Gemeinderat in den Ausführungsbestimmungen Ausnahmen von diesem Grundsatz vorsehen.**

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 12 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 7 Abs. 3**

Das Parlament stimmt dem Abänderungsantrag der FDP/SVP zu:

Massnahmen mit dem besten Kosten/Nutzen-Verhältnis werden priorisiert. **Über die entsprechenden Überlegungen und allfälligen Berechnungen erstattet der Gemeinderat dem Parlament auf geeignete Art Bericht.**

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür / 17 dagegen)

### **Beschluss Abänderungsantrag zu Art. 7 Abs. 5 Bst. a**

Das Parlament lehnt den Abänderungsantrag der FDP/SVP ab:

In der Spezialfinanzierung werden eingelegt:

- a) mit dem **im** Budget dafür bewilligte Mittel,

(Abstimmungsergebnis: 19 dagegen / 16 dafür)

### **Beschluss der Gegenüberstellung der Abänderungsanträge zu Art. 7 Abs. 5 neuer Bst.**

Der Antrag der Klimakommission obsiegt gegenüber dem Antrag der FDP/SVP:

Antrag Klimakommission:

neuer Buchstabe:

**e) Erträge aus der Abgabe der Strom, -Gas- und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes gemäss entsprechendem Reglement:**

- 20-50% der Abgabe für die Stromversorgung
- 15-33% der Abgabe für die Gasversorgung
- 10-20% für die Wärme- und Kälteversorgung

Antrag FDP/SVP:

neuer Buchstabe:

**e) Erträge aus der Abgabe der Strom, -Gas und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes gemäss entsprechendem Reglement:**

- Maximal 10% der Abgabe für die Stromversorgung
- Maximal 10% der Abgabe für die Gasversorgung
- Maximal 10% für die Wärme- und Kälteversorgung

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen für Antrag Klimakommission / 12 Stimmen für Antrag FDP/SVP)

**Beschluss über Sieger der Gegenüberstellung**

Das Parlament stimmt folgendem Änderungsantrag der Klimakommission zu:

neuer Buchstabe:

**e) Erträge aus der Abgabe der Strom, -Gas- und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes gemäss entsprechendem Reglement:**

- 20-50% der Abgabe für die Stromversorgung
- 15-33% der Abgabe für die Gasversorgung
- 10-20% für die Wärme- und Kälteversorgung

(Abstimmungsergebnis: 26 dafür / 12 dagegen)

**Beschluss (Schlussabstimmung Reglementsentwurf)**

1. Das Klimaschutzreglement wird mit folgenden Änderungen gegenüber dem Entwurf beschlossen:

- b. Art. 1 neuer Absatz: **Die Gemeinde verzichtet nach Möglichkeit auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen. Zertifikate für unvermeidbare Treibhausgasemissionen oder zur zeitlichen Überbrückung müssen international anerkannte Mindeststandards erfüllen, lokale Zertifikate werden nach Möglichkeit bevorzugt.**
- c. Art. 2 Abs. 2: Treibhausgasemissionen im Sinn von Absatz 1 sind alle energiebedingten Emissionen auf dem Gemeindegebiet ohne den ~~internationalen Schiffs- und Flugverkehr~~; hinzu kommen die am Anteil der Gemeinde Köniz bemessenen Treibhausgasemissionen der Abwasserreinigungsanlagen und der Kehrrichtverbrennungsanlage ausserhalb des Gemeindegebiets.
- d. Art. 2 Abs. 3: Die Gemeindeverwaltung erreicht für ihre direkten Treibhausgasemissionen das Ziel netto Null spätestens im Jahr **2040 2035**. Dies gilt auch für Institutionen, die zu mindestens 50% von der Gemeinde finanziert werden oder an denen sie zu mindestens 50% beteiligt ist. Der Gemeinderat führt eine entsprechende Liste.

- e. Art. 3 Abs. 1: Die Gemeinde setzt sich für die Reduktion der grauen Emissionen **und der Emissionen aus der Landwirtschaft** ein.
- f. Art. 3 Abs. 2: Sie trifft dafür geeignete Massnahmen für die von der Gemeinde beeinflussbaren Bereiche, insbesondere bei der Erstellung von Bauwerken, bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben **und der Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen.**
- g. Neuer Artikel mit Randtitel "Klimaverträgliche Finanzflüsse": **Die Gemeinde setzt sich im Rahmen ihrer Kompetenzen dafür ein, dass die Pensionskasse:**
  - d) die Klimaverträglichkeit ihres Anlageportfolios jährlich misst und veröffentlicht,
  - e) gezielte Schritte zur Dekarbonisierung ihres Wertschriftenportfolios unternimmt,
  - f) ihr Stimmrecht bei in- und ausländischen Unternehmen aktiv zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung wahrnimmt.
- h. Art. 7 Abs. 2: nach Buchstabe b:
 

**Nicht unterstützt werden**

  - c) Massnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen
  - d) Massnahmen, die bereits von Bund oder Kanton gefördert werden.

In begründeten Fällen kann der Gemeinderat in den Ausführungsbestimmungen Ausnahmen von diesem Grundsatz vorsehen.
- i. Art. 7 Abs. 3: Massnahmen mit dem besten Kosten/Nutzen-Verhältnis werden priorisiert. **Über die entsprechenden Überlegungen und allfälligen Berechnungen erstattet der Gemeinderat dem Parlament auf geeignete Art Bericht.**
- j. Art. 7 Abs. 5 neuer Bst.: e) **Erträge aus der Abgabe der Strom, -Gas- und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes gemäss entsprechendem Reglement:**
  - 20-50% der Abgabe für die Stromversorgung
  - 15-33% der Abgabe für die Gasversorgung
  - 10-20% für die Wärme- und Kälteversorgung

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 12 dagegen)

2. Das Reglement tritt per 1.3.2024 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 12 dagegen)

3. Das Parlament beauftragt den Gemeinderat, den Ausgangswert sowie den daraus abgeleiteten linearen Absenkpfad in Art. 2 Abs. 1 nach der Kantonalen Klimametrik bis zum Inkrafttreten anzupassen.

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür / 11 dagegen)

PAR 2023/44

## **V2102 Motion (Junge Grüne, Grüne) „Klimaschutzreglement für Köniz“**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **1. Ausgangslage**

Das Parlament hat den Vorstoss am 21. Juni 2021 erheblich erklärt und den Gemeinderat somit beauftragt, ihm innerhalb der Erfüllungsfrist ein Klimaschutzreglement zum Beschluss vorzulegen.

### **2. Umsetzung der Motion**

Der Gemeinderat hat im Juni 2022 den Entwurf für ein Klimaschutzreglement zuhanden des Parlaments verabschiedet. Er hat dem Parlament beantragt, eine Spezialkommission für Beratung des Reglements einzusetzen. Das Parlament ist dem Antrag gefolgt und hat die Kommission "Klima" im Herbst 2022 eingesetzt, diese hat die Arbeit Ende 2022 aufgenommen.

Die Kommission hat dem Gemeinderat ihre Empfehlungen zum Reglement Ende April 2023 zugestellt. Der Gemeinderat hat den Reglemententwurf aufgrund der Empfehlungen in einzelnen Punkten angepasst und dem Parlament zu Beratung und zum Beschluss überwiesen.

### **3. Inhaltliche Umsetzung der Motion**

In der nachfolgenden Übersicht sind die Forderungen aus der Motion aufgeführt, mit Kurz-Kommentaren zur Umsetzung im Reglement:

1. Definition eines kommunalen Emissionsabsenkpads auf Basis der aktualisierten kommunalen Energiestrategie kompatibel mit dem Netto-Null-Ziel bzw. den Zielen des Pariser Klimaabkommens, die globale Klimaerwärmung auf maximal 1.5°C zu begrenzen,

Kommentar: Der Absenkpfad ist in Art. 2 Abs 1 des Reglemententwurfs festgehalten.

2. Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz zur Finanzierung der zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen,

Kommentar: Die Grundlagen für die Schaffung einer Spezialfinanzierung "Klimaschutz" sind in Art. 7 des Reglementsentwurfs festgehalten.

3. Sozialverträglichkeit der Klimaschutzmassnahmen,

Kommentar: Gemäss Art. 1 Abs. 4 des Reglemententwurfs sind sozialverträgliche Massnahmen zu priorisieren.

4. Reduktion der durch Könizer\*innen verursachten graue Emissionen und (...)

Kommentar: In Art. 3 des Reglemententwurfs verpflichtet sich die Gemeinde, sich für die Reduktion der grauen Emissionen einzusetzen.

5. Reduktion der Emissionen der durch Finanzanlagen der Gemeinde finanzierten Geschäfte.

Kommentar: In Art. 3 Abs. 3 des Reglemententwurfs ist festgehalten, dass die Gemeinde klimaverträgliche Finanzinvestitionen anstrebt.

Das Reglement beinhaltet neben Artikeln zu obigen Zielen mindestens folgende Punkte:

1. Möglichkeit zur künftigen Verschärfung des Absenkpads, unter Berücksichtigung kantonaler, nationaler und internationaler Entwicklungen,

Kommentar: In Art. 2 Abs. 4 des Reglemententwurfs festgehalten.

2. regelmässiges Controlling und Berichterstattung,

Kommentar: Art. 6 des Reglemententwurfs definiert das Controlling und die Berichterstattung.

3. Vorgehen bei Verfehlung der Ziele sowie (...)

Kommentar: Gemäss Art. 6 Abs. 4 des Reglementsentwurfs beschliesst der Gemeinderat rechtzeitig zusätzliche Massnahmen.

4. das Bestreben der Gemeinde, sich auf übergeordneter Ebene für politische Massnahmen einzusetzen, die das Erreichen der im kommunalen Klimareglement enthaltenen Ziele unterstützen.

Kommentar: Der Auftrag zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, mit dem Kanton und dem Bund ist in Art. 5 des Reglemententwurfs formuliert.

#### **4. Finanzen**

Die Abschreibung der Motion hat keine direkten finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen der Verabschiedung des Reglements sind in Parlamentsantrag zum Beschluss des Klimaschutzreglements beschrieben. Es kann hier aber festgehalten werden, dass die Umsetzung der Massnahmen zur Zielerreichung zusätzliche Personalressourcen benötigen wird.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 17.5.2023

Der Gemeinderat

#### **Beilagen**

1) [2021-06-21\\_T10\\_V2102 Motion Klimaschutzreglement für Köniz; Beantwortung \(online auf Parlamentswebsite\)](#)

#### **Diskussion**

**Erstunterzeichner, David Müller:** Ich fasse mich kurz: Wir sind mit der Abschreibung einverstanden, wir konnten ja bereits genügend lange darüber diskutieren.

#### **Beschluss**

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Abschreibung)

PAR 2023/45

## **V1938 Motion (Junge Grüne, Grüne, Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und SP) „Klima Massnahmenpaket für Köniz“**

Kenntnisnahme und Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **1. Ausgangslage**

Das Parlament hat am 29. Juni 2020 die Motion "Klima Massnahmenpaket für Köniz" erheblich erklärt. Am 23. Mai 2022 hat es die Erfüllungsfrist um ein Jahr bis zum 30. Juni 2023 verlängert. Das Klima-Massnahmenpaket liegt nun in Form eines "Werkstattberichts" vor. Es wurde vom direktionsübergreifenden Klima- und Energieausschuss zu Händen des Gemeinderats erarbeitet. Federführend war die DUB.

### **2. Inhaltliche Umsetzung der Motion**

#### Punkt 1 der Motion

Das Klimamassnahmenpaket orientiert sich an den Zielsetzungen der kommunalen Klima- und Energiestrategie 2020-2050. Sie gibt das strategische Netto-Null-Ziel 2050 für das Gemeindegebiet und 2040 für die Gemeindeverwaltung vor. Der Fokus lag klar auf den direkt (Scope 1 und 2) oder indirekt (Scope 3) beeinflussbaren Grössen und Sektoren. So sind beispielsweise keine Massnahmen im Bereich der Landwirtschaft oder des Flug- und Schiffsverkehrs zu finden. Der Gemeinderat sieht diesen Punkt als erfüllt.

#### Punkt 2 der Motion

Mit dem Klimaschutzreglement liegt nun eine wichtige reglementarische Grundlage vor. Sie erhöht die Verbindlichkeit der strategischen Ziele. Im Massnahmen-Paket sind ausserdem Massnahmen aufgeführt, welche die Prüfung einer Reglementsänderung beinhalten, namentlich des Baureglements. Falls dieses für die Zielerreichung revidiert werden muss, stellt der Gemeinderat entsprechend Antrag. Der Gemeinderat sieht diesen Punkt als erfüllt.

#### Punkt 3 der Motion

Sofern das Parlament das finanzkompetente Organ zur Bewilligung eines Budgetkredits ist, um die Ziele zu erreichen, wird der Gemeinderat entsprechend Antrag stellen. Im Massnahmenpaket ist mindestens eine Massnahme ersichtlich, welche einen Kreditantrag an das Parlament erfordert (Beteiligung an die Gesellschaft mit ewb zur Wärmeversorgung Niederwangen). Dazu kommen Anträge, die bereits gestellt wurden oder in Arbeit sind, beispielsweise für Schulhaussanierungen oder -erweiterungen, Anschlüsse an Wärmeverbünde oder für Langsamverkehrs-Infrastrukturen. In der Massnahmenübersicht werden die Mehr- und die Minderkosten – sofern möglich – ausgewiesen.

Der Gemeinderat sieht diesen Punkt als erfüllt.

#### Punkt 4 der Motion

Dieser Punkt wurde als Postulat erheblich erklärt. Für die Gemeindeverwaltung wird bereits heute ein jährliches Monitoring durchgeführt. Die Resultate sind jeweils im Jahresbericht zu finden. Für das Gemeindegebiet gibt es im Rahmen der Kantonalen Klimametrik neu alle 2 Jahre eine Energie- und Klimagasbilanz. Der Gemeinderat sieht diesen Punkt ebenfalls als erfüllt.

### **3. Regelmässige Überarbeitung des Massnahmen-Pakets**

Das Klima-Massnahmenpaket wird regelmässig überprüft und mit der Entwicklung des Absenkpfeils abgeglichen. Mindestens alle vier Jahre beschliesst der Gemeinderat ein aktualisiertes Paket; dies entspricht auch den Anforderungen des Energiestadt-Labels. Je nachdem, wie das Klimaschutzreglement ausgestaltet wird, wird das Paket bereits im Sommer 2023 an diese neue reglementarische Grundlage angeglichen.

#### 4. Effektivität der Massnahmen und Aktivitäten

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind nötig, um das Ziel "Netto-Null bis 2050" auf dem Gemeindegebiet zu erreichen. Ob sie ausreichen, ist stark von den technologischen Entwicklungen, den übergeordneten gesetzlichen Vorgaben und der geopolitischen Lage abhängig. Im Sinne des Regelkreises von "Plan-Do-Check-Act" werden die Massnahmen regelmässig auf ihre Effektivität hin überprüft. Wenn nötig, müssen bestehende Massnahmen beschleunigt oder neue Massnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.

#### 5. Partizipation

Es ist vorgesehen, die Bevölkerung und die Wirtschaft ab August 2023 in den Planungsprozess der Klimaschutzmassnahmen miteinzubeziehen. So soll die Abstützung der hoheitlich geplanten Massnahmen in der Zivilgesellschaft sichergestellt werden und die Bevölkerung dazu motiviert werden, ihren Beitrag zum Klimaschutz ebenfalls zu leisten. Vorschläge aus der Bevölkerung können eingegeben und diskutiert werden. Die Partizipation findet sowohl analog als auch digital auf [impuls-koeniz.ch](https://impuls-koeniz.ch) statt.

#### 6. Finanzen

Die einmaligen und wiederkehrenden Mehrkosten von Klimaschutzmassnahmen im Vergleich zum gesetzlich vorgeschriebenen oder im Vergleich zur Referenz-Umsetzungsgeschwindigkeit, die Minderkosten über den Lebenszyklus sowie die möglichen Förderbeiträge sind in der Massnahmenübersicht teilweise enthalten. Nicht enthalten sind sie insbesondere für die gemeindeeigenen Liegenschaften. Beim Verfassen dieses Antrags lagen dazu noch keine gesicherten Zahlen vor. Grundsätzlich sind Massnahmen zu priorisieren, welche budgetneutral umgesetzt werden können. Die Massnahmen werden dem zuständigen finanzkompetenten Organ jeweils separat vorgelegt.

#### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament nimmt das Klima-Massnahmenpaket zur Kenntnis.
2. Die Motion (Punkte 1-3) wird abgeschrieben.
3. Das Postulat (Punkt 4) wird abgeschrieben.

Köniz, 17.5.2023

Der Gemeinderat

#### Beilagen

- 1) [2020-06-29 T11 V1938 Klima Massnahmenpaket für Köniz \(online auf Parlamentswebsite\)](#)
- 1) Klima-Massnahmenpaket (17.05.2023)

#### Diskussion

**Erstunterzeichner, Simon Stocker, Junge Grüne:** Ich muss auch noch meine Interessensbindung offenlegen: Ich bin Kassier beim Verein Klimastreik Köniz.

Ungefähr vor einem Jahr stand ich hier zu diesem Vorstoss und begann meine Rede mit dem Zitat des UNO Generalsekretärs "Wir schlafwandeln in die Klimakatastrophe". Der Gemeinderat wollte damals das Massnahmenpaket nochmals zwei Jahre aufschieben.

Das Parlament hatte dann die Erfüllungsfrist um nur ein Jahr gewährt, also bis heute. Der Gemeinderat sagte damals, dass dies nichts bringe und dies gar nichts beschleunige – ich glaube aber, es hat doch etwas beschleunigt und das können wir uns als Parlament merken.

Ich danke dem Gemeinderat ganz herzlich, dass das Klimareglement und das Klimamassnahmenpaket an der gleichen Sitzung behandelt werden. Dies hilft, den Zeitplan und die Kosten besser zu verstehen und schafft Transparenz. Uns liegt - wenn auch nur in Form eines Werkstattberichts - eine umfassende Liste an Massnahmen vor, die die Gemeinde in den nächsten Jahren anpacken will. Wir haben also zuvor das Reglement geschaffen und jetzt geht es um das "wie weiter". Sei dies als Verankerungen im Baureglement oder die Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeitenden und noch ganz viele andere Massnahmen. Ich attestiere, dass sogar wir Grünen tief gehen mussten, um ein Themengebiet zu finden, das fehlt - und sage: Good Job. Vielen Dank an die zuständige Verwaltungsstelle, man sieht, dass hier viel Zeit und guter Hirnschmalz investiert wurde. Der Umsetzungsstand der Massnahmen werden gemäss Klimareglement alle vier Jahre rapportiert, sowie auch weitere nötige Massnahmen. Das heisst, diese Liste ist, und darf auch, dynamisch sein.

Trotz allen durchaus positiven Punkten muss ich jetzt doch noch ein bisschen kritisch sein. Ich hatte mir nämlich überlegt, meine Rede anders zu starten: Und zwar, der erste Punkt meiner Motion lautet: "Der Gemeinderat erarbeitet ein Klimamassnahmenpaket [...], das mit einem Absenckpfad aufzeigt, wie die Klimaneutralität für die Gemeindeverwaltung bis spätestens 2030 und für die Gesamtgemeinde bis spätestens 2040 erreicht werden kann." Simpler Auftrag. Die knackige, aber wirklich knackige Antwort des Gemeinderates lautet: "Das Klimamassnahmenpaket orientiert sich an den Zielsetzungen der kommunalen Klima- und Energiestrategie. Sie gibt das strategische Netto-Null-Ziel 2050 vor. Der Gemeinderat sieht diesen Punkt als erfüllt an."

Das sind also schnell mal plus zehn Jahre in dem wohl dringenden Thema unserer Zeit. Die knackige Antwort meinerseits und auch der Grünen ist: Wir sehen diesen Punkt als *nicht* erfüllt an. Die wissenschaftlichen Grundlagen zeigen klar, dass 2050 zu spät ist. Auch 2045 ist zu spät, um als globale und Schweizer Gesellschaft sozial und wirtschaftlich – liebe FDP-Freunde - nicht in eine grössere Krise zu geraten. Wir als reiches Land, welches bereits viel CO2 emittiert hat, haben umso mehr die Verantwortung früh klimaneutral zu werden.

Wir haben aber bereits im vorherigen Traktandum über die Zieljahre debattiert, wie auch in der Klimakommission und jetzt auch im Parlament einen Kompromiss gefunden. Das können wir hier nicht mehr ändern. Darum sage ich jetzt: Zieljahr hin oder her, wir wollen jetzt Taten sehen. Ich hoffe da sind wir uns alle einig, wir müssen jetzt endlich mal etwas machen. Ich denke wir sind uns auch einig, dass dieses Massnahmenpaket auf den neuen Zielwert 2045, respektive 2035 für die Verwaltung angepasst werden muss.

Wie eingangs erwähnt ist die Massnahmenliste umfassend und zeigt, was gemacht werden muss, um unsere Ziele zu erreichen. Wir fordern jetzt die Verankerung dieser Ziele und Massnahmen in den Prozessen der Gemeinde - und das bald. Was nämlich leider auf der Liste fehlt sind die Verantwortlichkeiten. Also wer ist zuständig und auch wer ist verantwortlich? Hier die Frage an den Gemeinderat: Wurde dies bereits definiert und aus bestimmten Gründen nicht veröffentlicht oder müsst ihr dies noch machen? Auch die verschiedenen Graustufen im Zeitplan waren für uns nicht selbsterklärend.

Ein Thema, was hier leider nicht aufgelistet ist, ist die Bildung. Auch an Schulen sollte unserer Meinung nach das Thema Netto-Null und der dafür nötige Wandel in der Gesellschaft viel stärker thematisiert werden. Mir ist bewusst, dass dies, wie die Landwirtschaft, auch kantonale geregelt ist, aber auch hier kann man als Gemeinde tätig werden.

Ich komme zum Schluss und sage nochmals: Danke für die gute Grundlagenarbeit. Das war der einfachere Teil – jetzt müssen wir Gas geben und diese Massnahmen auch konsequent umsetzen. Darum lieber Gemeinderat und Verwaltung – bitte nehmt eure Verantwortung wahr, wenn nicht für euch selber, dann doch für eure Nachkommen. Bitte packt es an und macht vorwärts.

Um der administrativen Aufwand im Schach zu halten und die wertvolle Zeit der Könizer Verwaltung jetzt für Taten einsetzen zu können, bin ich, wie auch die Grünen, mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden und bin bereit, alle Punkte abzuschreiben.

**Präsident der Klimakommission, Michael Gerber:** Die Klimakommission hat an ihrer letzten Sitzung vom 1. Juni auch vom vorliegenden Klima-Massnahmenpaket für Köniz Kenntnis genommen.

In einem ersten Beschluss, stellte sie fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorlagen und das einstimmig.

Die Klimakommission konnte sich diesem umfassenden Massnahmen-Katalog natürlich nicht im Detail widmen, hat ihn aber etwas genauer angeschaut. Sie hatte aber keine Gelegenheit, ihn im Detail zu diskutieren. Dies war im Übrigen auch nicht Teil des Kommissionsmandats.



Wir haben hier somit eher die Funktion einer GPK und geben lediglich eine Empfehlung zur Kenntnisnahme ab. Die Abschreibung des Geschäfts wird hingegen direkt vom Parlament beurteilt und beschlossen.

Einzelne Kommissionsmitglieder waren zum Zeitpunkt der Sitzung allerdings der Auffassung, dass die einzelnen Forderungen in der Motion V1938 "Klima Massnahmepaket für Köniz" noch nicht wirklich erfüllt seien, zumal damals auch noch offen war, wie die Parlamentsdebatte zum Klimareglement ausgeht. Ausserdem sei noch unklar, wie und mit welchen Ressourcen die Massnahmen – notabene mit einem verkürzten Absenkpfad bis 2045 – überhaupt umgesetzt werden könnten.

Das Massnahmepaket entspricht nach der Auffassung der Klimakommission daher auch eher erst einem "Werkstattbericht". Es ist also noch nicht ganz ausgereift und umsetzungsbereit. Dennoch teilt die Klimakommission die Meinung meines Vorredners und ist generell der Auffassung, dass hier die richtigen Massnahmen definiert und vorgesehen sind. Sie dankt daher dem Gemeinderat und der Direktion Umwelt und Betriebe herzlich dafür.

Die Klimakommission empfiehlt dem Parlament, das Klima-Massnahmenpaket für Köniz zur Kenntnis zu nehmen. Dies mit einem Abstimmungsergebnis von 4 zustimmend und 2 teilweise zustimmend.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Michaela Bajraktar:** Dieses Mal halte ich mich noch kürzer und beginne mit einem Dank, welcher auch hier primär an die Verwaltung und an den zuständigen Gemeinderat geht: Danke vielmals.

Das uns vorliegende Klimamassnahmenpaket ist trotz Kürzung der Umsetzungsfrist mehr als nur ein "Werkstattbericht" und stimmt uns, die SP/JUSO-Fraktion, mehr als nur zuversichtlich.

Wir vertrauen darauf, dass das Massnahmenpaket dem Reglement sobald als möglich angepasst wird und wissen, dass es durch genau dieses Reglement auch immer wieder Überarbeitungen und Anpassungen geben wird.

An diesem Punkt möchten wir besonders die geplante Partizipation der Gesellschaft positiv hervorheben und freuen uns, wenn das so klappt, wie es der Gemeinderat der Klimakommission präsentiert hat.

Die SP/JUSO-Fraktion nimmt das Klima-Massnahmenpaket teilweise zustimmend zur Kenntnis, doch nicht, weil wir dieses inhaltlich kritisieren, sondern einfach, weil es noch nicht fertig ist. Abschreiben möchten wir es trotzdem, weil wir überzeugt sind, dass dem weiteren Ausbau nichts im Weg steht.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Andreas Hauser:** Wir danken dem Gemeinderat für das Massnahmenpaket. Es umfasst wichtige konkrete Schritte Richtung Netto-Null, zum Beispiel durch einen beschleunigten Umstieg auf eine Wärmeversorgung aus erneuerbaren Quellen und für eine ganzheitliche Mobilitätspolitik. Es packt auch heisse Eisen an.

Umso mehr freuen wir uns auf den Partizipationsprozess, ab Herbst 2023. Es ist jetzt wichtig, alle Bevölkerungsschichten mitzunehmen. Bei Partizipationsprozessen gibt es keine halbe Sachen. Sie müssen sorgfältig geplant werden, sonst weckt man Erwartungen, die man nur enttäuschen kann.

Das Massnahmenpaket ist ganz offensichtlich das Resultat einer konstruktiven Zusammenarbeit über die verschiedenen Direktionen hinweg. Wir haben seitens Parlament ja die Umsetzungsfrist verkürzt, wie Simon erwähnt hat und entsprechend ist das Massnahmenpaket noch unvollständig: Bezüglich Zeitplan und Finanzen bleibt noch vieles im Unklaren. Der Werkstattbericht ist aber gut durchdacht und vielversprechend.

Wir wollen jetzt deswegen nicht sagen: Noch nicht erfüllt, wir schreiben noch nicht ab. Das wäre ein unnötiges Misstrauensvotum. Der Gemeinderat verspricht auf Anfang 2024 ja einen definitiven Massnahmenplan vorzulegen.

Die EVP-Mitte-GLP-Fraktion ist für Abschreiben und nimmt das Paket zustimmend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez:** Die FDP. Die Liberalen, wir nehmen vorab schon mal teilweise zustimmend Kenntnis von diesem Klima-Massnahmenpaket und sind auch für die Abschreibung dieses Geschäfts.

Wir sind sehr froh, wird frühzeitig geplant, damit nicht irgendwelche Schnellschüsse gemacht werden, bei welchen dann irgendwelche Kosten auftreten, welche man gar nicht kalkulieren konnte - allerdings sind die Preisschilder doch auch noch ziemlich unbekannt. Wir wissen noch nicht, wie sich wissenschaftliche, technologische Entwicklungen ergeben werden, was es für Möglichkeiten geben wird und darum erstaunt mich persönlich diese Veröffentlichung dieses Pakets. Denn wir haben jetzt erst gerade abgestimmt, dass es ein Reglement gibt, in welchem wir bestimmt haben, wie viel Geld reinkommt und wo wir es ausgeben - das Paket steht aber schon.

Das ist für mich nicht so ganz klar. Schön, macht man sich schon genügend früh Überlegungen, aber irgendwie ist für mich das Timing etwas fragwürdig.

Das andere ist die Partizipation, welche hier schon mehrfach genannt worden ist. Ich finde es gut, dass nicht nur Private eingebunden werden, sondern ebenfalls Unternehmungen. Wie das konkret aussehen soll, da bin ich doch sehr gespannt – doch im Grundsatz ist dies doch etwas sehr Tolles.

Ich will hier gar nicht viel detaillierter werden. Es ist ein sehr hoher Detaillierungsgrad. Für uns manchmal nicht ganz nachvollziehbar ist, wie dann diese Konsultation konkret Einfluss haben soll, da es ja bereits schon so sehr detailliert ist. Und wir fragen uns, wo sind denn schlussendlich die Grenzen, welche die Gemeinde setzen sollte, um verantwortungsvoll mit ihren Finanzen und den Fiskaleinkünften umzugehen, welche wir in unserer Gemeinde haben. Wir sind also skeptisch, freuen uns aber, dass man hier schon genügend früh zu planen beginnt und dann nicht in Panik ausbricht, wenn es soweit ist.

**Fraktionssprecher SVP, Adrian Burren:** Wir wollen von der SVP gar nicht zu stark auf den Inhalt dieses Massnahmenpakets eingehen, das habt ihr sehr seriös gemacht. Das ist ja sehr detailliert, Selin hat dies zuvor ja genau so gesagt. Was uns fehlt, das ist für uns das Preisschild für die Gemeinde. Sind es CHF 100'000 im Jahr, sind es CHF 1 Mio., sind es CHF 10 Mio. im Jahr? Eine grobe Kostenschätzung – kann man das nicht sagen oder wollt ihr das nicht sagen oder interessiert es euch nicht? Denn wir haben zwei Probleme: Wir haben ein Klimaproblem und wir haben ein Finanzproblem. Am 1. Mai haben wir kein Geld mehr für das Jahr und am 6. Mai, haben wir die Ressourcen für das Jahr aufgebraucht.

Es gibt ein Modell in Köniz, welches sehr erfolgreich ist und welches ich euch als Vorbild vorschlagen möchte: Das ist nämlich Fuss-Velo-Köniz. Da wussten wir vorab, was es kostet, wir sehen laufend, was dort gemacht wird, es ist freiwillig, wir werden informiert und wir wissen, was wir für das investierte Geld bekommen. Wir wünschen, wenn ihr so etwas jetzt dann umsetzt, dass ihr transparent seid, aber dass ihr auch vorab sagt, was es kostet.

Wir sehen beim Klima-Massnahmenpaket auch viele Begehrlichkeiten und auch viele Ideen, aber eben, auch diese Kosten-Nutzen-Abwägung wäre sehr nützlich, damit man sieht, was es zum Schluss bringt.

Meine Frage ist: Könnt ihr nicht budgetieren oder wollt ihr nicht budgetieren? Ist es wirklich nicht möglich, eine Excel-Tabelle zu schreiben und die Millionen zusammenzuzählen?

**Simon Stocker, Junge Grüne:** Nur kurz, das habe ich zuvor nicht gesagt: Auch die Grünen nehmen teilweise zustimmend Kenntnis. Dies aus den Gründen, welche ich zuvor genannt habe und zwar, dass das Netto-Null-Ziel zu spät ist und dass es eben noch nicht ganz fertig ist.

Noch kurz zu dir, Selin: Warum dieses Massnahmenpaket bereits steht? Wir haben 2019 den Klimanotstand ausgerufen, wir haben schon seit längerem eine verbindliche Klimastrategie und wir haben diesen Vorstoss als Parlament überwiesen, welchen wir vor einem Jahr verlängert haben, damit sie es endlich machen. Das ist der Grund, also demokratisch ganz legitim.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi:** Ich habe jetzt von allen Seiten sehr viel Lob gehört. Ich will dieses Lob an die Fachstelle Umwelt und Energie weitergeben, welche in diesem Prozess die Federführung hatte. Dort insbesondere an Adrian Stämpfli, welcher einen grossen Teil der Arbeit der Federführung und Zusammenstellung geleistet hat und auch an Daniel Gilgen. Aber ich will dieses Lob und den Dank insbesondere auch der ganzen Verwaltung weitergeben. Denn dies ist ein Gemeinschaftswerk der Verwaltung. Das war eine wirklich gute Zusammenarbeit, denn da haben alle betroffenen Abteilungen ihren Beitrag geleistet, haben aufgezeigt, was sich in ihrem Bereich machen und umsetzen lässt. Das hat man dann alles zusammengetragen, was diese ziemlich ausführliche Excel-Tabelle ergeben hat. Nochmals: Eine vorbildliche Zusammenarbeit über die Direktionen und Abteilungen hinweg. Ich denke, das muss man hier wirklich würdigen, wie sich hier die Verwaltung ins Zeug gelegt hat und ich denke, das ist auch eine Voraussetzung dafür, dass dies dann auch entsprechend umgesetzt werden kann.

Ein Schlüsselement in dieser ganzen Sache ist der Klima- und Energieausschuss. Das sind eben die Abteilungsleitenden aller betroffenen Abteilungen, welche hier etwas dazu beitragen können. Dieser tagt regelmässig und dort ist dies auch entstanden.

Wir haben gesagt, es sei ein Werkstattbericht. Klar, es ist auch für mich etwas mehr, als ein Werkstattbericht. Es ist wirklich eine sehr umfangreiche Liste und ich habe jetzt hier von euch nichts gehört, was wir vergessen haben. Denn der Leitgedanke hinter all diesem ist: Wo hat die Gemeinde einen Hebel, um die Treibhausgase zu beeinflussen?

Das habe ich zuvor beim Klimareglement bereits erwähnt. Und genau um diesen Hebel geht es und das ist meiner Meinung nach eine sehr vollständige Liste, wo die Gemeinde überhaupt ansetzen kann. Es wurde mehrfach von Selin Lopez und Adrian Burren erwähnt, dass hier das Preisschild fehlt. Ich will dem etwas widersprechen. Wir haben uns wirklich sehr bemüht, bei jeder Massnahme abzuschätzen, was diese etwa kosten könnten. Und wenn ihr in die Excel-Liste reinschaut, dann seht ihr: Dort, wo es irgendwie möglich war, da ist ein Preisschild. Aber wir können in der Verwaltung nicht zaubern und gerade bei den richtig teuren Massnahmen, nämlich dort, wo es um die Liegenschaften geht – und davor habe ich euch zuvor bereits gewarnt – dort kann es sehr teuer werden. Dort waren wir noch nicht soweit und darum ist dies ein Werkstattbericht. Die Abteilung Immobilien hat nämlich alle Liegenschaften im STRATUS, einer Software, erfasst, wo man dann genau weiss, wie teuer diese verschiedenen Massnahmen kommen. Diese Erfassung lag damals noch nicht vor, als wir dies für das Parlament abdrucken mussten. Aber, das ist unterwegs und auch da werden wir bei den Liegenschaften ein Preisschild angeben können. Die Grundlagen sind jetzt da.

Was ich auch noch sagen muss, ist, dass diese ganze Liste auch für die Rezertifizierung der Energiestadt Gold dient. Das ist das, was wir ohnehin schon alle vier Jahre gemacht haben. Eine solche Massnahmenliste dient jetzt auch gleich dazu, dass wir diese Rezertifizierung Energiestadt Gold mit deutlich weniger Aufwand durchführen können.

Jetzt noch geplant ist - das steht auch im Bericht - dass wir eine Partizipationsrunde zu diesen Massnahmen machen. Wir wollen hier wirklich die Zivilgesellschaft miteinbeziehen, denn nur, wenn die Bevölkerung, die Wirtschaft und das Gewerbe mitziehen, nur dann können wir diesen Absenkpfad erreichen. Und schlussendlich wird es die Wirtschaft sein, welche die ganze Massnahmen umsetzen muss – Gebäudesanierungen, Heizungsersatz, Wärmepumpeneinbau, Wärmeverbünde bauen – das gibt sehr grosse Aufträge und das gibt auch wieder Arbeitsplätze, das gibt Einkommen für unser Gewerbe, das ist schlussendlich also auch ein Wirtschaftsförderungsprogramm. Und dafür soll auch diese Partizipationsrunde dienen. Wir wollen diese Stimmen hören, auch diese der Bürgerinnen und Bürger, von allen Einwohnenden von Köniz. Und da haben wir auch einen Drittauftrag erteilt, welcher uns bei dieser Partizipation hilft - gerade auch wegen des Erwartungsmanagements. Man muss klar sagen, was von dieser Partizipation erwartet werden kann. Das ist so bereits angedacht.

Jetzt noch zu den einzelnen Voten: Simon Stocker hat gefragt, ob die Verantwortlichkeiten festgelegt wurden. Auf unserer internen Liste sind die Verantwortlichkeiten definiert.

Und es wurde gesagt, dass die Schule fehlt - Umweltbildung als Stichwort. Da verweise darauf, dass ganz viele solcher Sachen im Lehrplan bereits enthalten sind.

Selin Lopez hat noch gesagt, dass das Timing fragwürdig sei, dass dies jetzt genau gleichzeitig kommt. Jetzt habe man zuvor gerade erst die Ziele definiert und jetzt kommt man bereits mit den Massnahmen. Dazu muss ich sagen, dass ich den Ball hier zurückgeben kann, denn das seid ihr, das Parlament, welche der Verlängerung um zwei Jahre nicht zugestimmt habt. Ihr habt gesagt, die Verlängerung wird nur für ein Jahr gewährt, darum kommt dies heute.

Adrian Burren hat noch gesagt, dass man Fuss-Velo-Köniz als Vorbild nehmen soll. Wir nehmen dies gerne auf. Eine regelmässige Berichterstattung habt ihr ja jetzt gerade zuvor im Klimaschutzreglement beschlossen. In diesem Rahmen werden wir auch regelmässig sagen, wie es mit der Umsetzung der Massnahmen aussieht.

## Beschluss

1. Das Parlament nimmt das Klima-Massnahmenpaket zur Kenntnis.

Zustimmend zur Kenntnis nehmend	10
Teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmend	29
Ablehnend zur Kenntnis nehmend	0
= Anzahl Anwesende	39

2. Die Motion (Punkte 1-3) wird abgeschrieben.  
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

3. Das Postulat (Punkt 4) wird abgeschrieben.  
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2023/46

**Schulkommission 2023 – 2026, Ersatzwahl**

Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

**1. Ausgangslage**

Christine Zehnder, Liebefeld, Mitglied der Schulkommission, hat ihren Rücktritt per Ende Juli 2023 eingereicht. Die Grünen Köniz schlagen als Nachfolger Marc Zimmermann, Wabern, zur Wahl vor. Mit dem vorliegenden Antrag wird dem Parlament der Kandidat für den vakanten Sitz (Parteianspruch Grüne Köniz) zur Wahl bis Ende der laufenden Amtsperiode (31. Juli 2026) vorgeschlagen.

Die Schulkommission Köniz besteht aus 9 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus dem Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales (DBS) und 8 vom Parlament gewählten Mitgliedern (Art. 12 Bildungsreglement). Das Parlament wählt auf der Grundlage von Art. 42 Gemeindeordnung sowie Art. 14 Bildungsreglement die Schulkommission. Die Mitglieder der Schulkommission werden auf Vorschlag des Gemeinderates vom Parlament gewählt. Die Wahlvorschläge erfolgen von den politischen Parteien gemäss Proporzschlüssel der letzten Parlamentswahlen.

**2. Das Wahlverfahren**

Die Kandidatur wurde von den Grünen Köniz mit einem Schreiben vom 3. Mai 2023 bei der Gemeindeganzlei eingereicht. Zusätzlich zum Wahlvorschlag wurde ein Lebenslauf sowie ein Motivations schreiben des Kandidaten eingereicht, welche dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission als vorberatende Parlamentskommission zugestellt wurden.

**3. Das Anforderungsprofil**

Der Gemeinderat hat gestützt auf Art. 14 Abs. 1 Bildungsreglement ein Anforderungsprofil erlassen (Beilage 1). Dieses verlangt von den Mitgliedern insbesondere Kenntnisse der kantonalen Bildungspolitik, Sach-, Führungs- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft, sich mit den relevanten Themen zu befassen. Zudem ist verbindlich festgelegt, dass die Mitglieder an den Weiterbildungsangeboten der Gemeinde teilnehmen.

**4. Wahlvorschlag und die Beurteilung durch den Gemeinderat anhand der Wahlkriterien**

Name	Wohnsitz Schulbezirk	Partei (Sitz)	Seit	Berufliche Erfahrungen und Schulkommissionskompetenzen
Marc Zimmermann	Wabern	Grüne Köniz	Neu	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ingenieur Elektrotechnik, IT-Projektleiter</li> <li>- Kenntnisse und Erfahrung in Projektmanagement und -leitung</li> <li>- Kenntnisse und Erfahrung in der strategischen Führung und Personalführung</li> <li>- Mehrjährige Erfahrung als Berufsschullehrer und in der Lernendenausbildung (Weiterbildung als Berufsbildner BFF)</li> <li>- Mehrjähriges Mitglied des Elternrats Wabern</li> <li>- Interesse an bildungspolitischen Fragen</li> </ul>

Sitzverteilung gemäss Proporzschlüssel der Parlamentswahlen vom September 2021Erfüllt: Die Kandidatur wurde von den Grünen Köniz eingereicht.Wohnsitz SchulbezirkErfüllt: Marc Zimmermann hat seinen Wohnsitz in Wabern. Somit sind alle Schulbezirke mit mindestens 1 Mitglied vertreten. Aus den Schulbezirken, Wangental, Köniz/Schliern und Spiegel (inklusive Vorsteher DBS) sind je 2 Mitglieder vertreten.Angemessene Vertretung von Frauen und MännernErfüllt (5 Frauen / 4 Männer)AnforderungsprofilErfüllt: Marc Zimmermann ist IT-Projektleiter bei der BLS AG Bern und verfügt über relevante Erfahrung und Kenntnisse in den Bereichen Personalführung, strategische Führung und Projektmanagement. Zudem war er als Berufsschullehrer BFF tätig und er verfügt über eine Weiterbildung als Berufsbildner. Sein Interesse an bildungspolitischen Fragen widerspiegelt sich u.a. in seiner mehrjährigen Tätigkeit als Mitglied des Elternrats Wabern.

## Zusammensetzung der Schulkommission ab 1. August 2023

<b>Name</b>	<b>Sitzanspruch Partei</b>	<b>Wohnsitz Schulbezirk</b>
Vanda Descombes	SP Frauen	Liebefeld
Janet Fiebelkorn	SP Frauen	Wangental
Beatrice Bösiger	SVP	Obere Gemeinde
Andrea Winzenried	SVP	Wangental
Markus Rub	Grüne Köniz	Köniz/Schliern
Marc Zimmermann	Grüne Köniz	Wabern
Thomas Raaflaub	GLP	Köniz/Schliern
Susanne Gutbrod-Kunkler	GLP (Mitglied EVP)	Spiegel

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Marc Zimmermann, Wabern, wird ab 1. August 2023 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2026, in die Schulkommission Köniz gewählt.

Köniz, 17. Mai 2023

Der Gemeinderat

Beilagen:

- 1) Anforderungsprofil Mitglieder Schulkommission

## Diskussion

**GPK-Referentin, Heidi Eberhard:** Kommen wir zur Schulkommission. Im Antrag des Gemeinderates sind alle wesentlichen Punkte enthalten. Das Einzige, was gefehlt hat, war sein Jahrgang, das ist das Jahr 1968, in welchem Marc Zimmermann geboren ist.

Der von den Grünen Köniz vorgeschlagene Kandidat Marc Zimmermann erfüllt alle Anforderungen, welche an die Mitglieder der Schulkommission gestellt werden - sämtliche Punkte des Anforderungsprofils. Das Anforderungsprofil habt ihr mit den Unterlagen erhalten.

Die beruflichen Erfahrungen und die Schulkommissionskompetenzen sind im Parlamentsantrag ebenfalls vollständig enthalten: Von Ingenieur Elektrotechnik, über Berufsschullehrer, Weiterbildung als Berufsbildner, langjähriges Mitglied des Elternrates in Wabern und Interessen in bildungspolitischen Fragen - er hat sogar Führungserfahrung.

Marc Zimmermann sagt in seinem Motivationsschreiben, dass es ihm ein wichtiges Anliegen ist, dass das Bildungssystem im Allgemeinen und im Besonderen auch in Köniz, gut unterstützt wird.

Die Verteilung zwischen Mann und Frau ist mit seiner Kandidatur mit fünf Frauen und vier Männern ausgeglichen. Herr Zimmermann hat Wohnsitz im Schulbezirk Wabern – jeder Kreis ist damit mit einem Mitglied vertreten und die Vorgaben sind somit alle erfüllt. Es ist ein sehr guter Kandidat und die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen – ebenfalls einstimmig.

**Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard:** Von Seiten der FDP werden wir dem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen und Herrn Marc Zimmermann in die Schulkommission Köniz wählen. Der Kandidat der Grünen Partei deckt, wie wir dies zuvor gehört haben, das Anforderungsprofil ganzheitlich ab. Er hat – und das ist wichtig – Erfahrungen in der strategischen Führung und auch in Personalfragen und Personalführung.

Die Schulkommission von Köniz ist das strategische Führungsorgan der Könizer Schulen. Sie setzt sich bekanntlich aus dem Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales DBS und acht vom Parlament gewählten Mitgliedern zusammen. Die Partei FDP.Die Liberalen hat Anrecht auf einen Sitz in der Schulkommission. Der aktuelle Vorsteher der DBS ist von der FDP - das ist bekannt, das ist Hans-Peter Kohler – mit Wohnsitz im Schulbezirk Spiegel. Er hat den FDP-Sitz von Amtes wegen inne und präsidiert die Schulkommission. Nichtsdestotrotz bitten wir inskünftig bei der Auflistung der Schulkommission, beim Namen des Vorstehers DBS den Sitzanspruch der FDP zu erwähnen. Für Aussenstehende erweckt es nämlich den Anschein, dass die FDP in diesem Gremium nicht vertreten ist und das kann definitiv nicht sein. Zudem bitten wir darum, der leere Punkt bei den Anforderungen "mit Führungserfahrung" zu ergänzen. Die FDP.Die Liberalen ist dezidiert der Ansicht, dass Führungserfahrung bei den Mitgliedern der Schulkommission, welches ja ein strategisches Führungsorgan von Köniz sein soll, eindeutig mit zu den Anforderungen gehört.

**Fraktionssprecherin Grüne, Junge Grüne, Monika Röthlisberger:** Wir Grünen/Jungen Grünen sind dankbar, dass sich Marc Zimmermann für die Schulkommission zur Verfügung stellt. In den Unterlagen, welche von der Verwaltung sehr übersichtlich aufbereitet wurden – ein grosses Dankeschön an dieser Stelle – sieht man auf einen Blick, dass Marc Zimmermann alle Anforderungen an ein Schulkommissionsmitglied erfüllt. Heidi Eberhard hat dies gesagt, ich gehe hier daher nicht mehr näher darauf ein, was er alles erfüllt. Er ist wirklich ein idealer Kandidat und wir können ihn wärmstens zur Wahl empfehlen.

Es war nicht leicht, jemanden zu finden, welcher die nötigen Fähigkeiten und Erfahrungen mit sich bringt und genügend Zeit aufbringen kann. Die Meisten, welche man anfragt, haben das Eine ohne das Andere.

Eine, welche auch beides hatte, jetzt dann aber nach Bern zieht, ist Christine Zehnder, welche uns zusammen mit Markus Rub in der Schulkommission vertritt und einen grossen Beitrag zur guten Schulführung in Köniz geleistet hat. Immer mit den Interessen der Schülerinnen und Schüler, der Schulleitungen, der Lehrpersonen und der Eltern im Blick. Es ist wirklich eine vielfältige Aufgabe in der Schulkommission. Sei es bei der Besetzung von freien Schulleiterstellen, sei es bei der Diskussion über die strategische Schulführung – sie hat sich immer mit viel Herzblut engagiert und wir danken Christine Zehnder ganz herzlich dafür und wünschen ihr alles Gute auf ihrem weiteren Weg.

Und ja, da sind auch wir gespannt, wie es mit der Schulkommission weitergeht. Denn diese Führungseigenschaften, welche auch Heidi Eberhard angesprochen hat, das ist schon ein Knackpunkt und es ist nicht immer einfach, jemanden zu finden, welcher diese auch mitbringt.

Wir haben auch noch etwas in den Unterlagen gestöbert und haben gesehen, dass genau vor einem Jahr, der Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales in Aussicht gestellt hat, dass man das Bildungsreglement revidieren wolle und zwar noch in dieser Legislatur. Auch dafür sind wir dankbar und bereit, uns dafür in der Schulkommission und im Parlament zu engagieren.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich will den Grünen danken, dass sie die angemessene Verteilung von Männern und Frauen wieder etwas besser realisiert haben, mit fünf Frauen und vier Männern. Dafür danke vielmals.

Es ist wirklich ein sehr guter Kandidat, das will ich auch noch sagen und auch Führungserfahrung ist vorhanden. Von daher, sehr gut gemacht - wir werden ihn einstimmig wählen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Es ist schon relativ spät, darum nur ganz kurz: Ihr konntet den Unterlagen entnehmen, wir empfehlen euch den Kandidaten zur Wahl. Ich habe der GPK-Sprecherin, welche alles bereits gut zusammengefasst hat, nichts mehr hinzuzufügen.

**Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler:** Ich stelle fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge gemacht worden sind. Da nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Sitze zu besetzen sind, erkläre ich Herrn Marc Zimmermann, als Mitglied der Schulkommission Köniz, ab 1.08.2023 bis 31.12.2026, für gewählt.

## Beschluss

Marc Zimmermann, Wabern, wird ab 1.8.2023 für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31.7.2026 als Mitglied der Schulkommission Köniz gewählt.

PAR 2023/47

## Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 2309 Anfrage (SVP-Fraktion) "Raumgrössen in der Gemeindeverwaltung Köniz"
- 2310 Interpellation (SP/Juso) "Folgen der Erhöhung des Referenzzinssatzes und Massnahmen zum Schutz der Mieter:innen"
- 2311 Interpellation (GLP, EVP, die Mitte, Grüne, junge Grüne) "Quo vadis, Bildungssystem Köniz?"
- 2312 Motion (Katja Streiff & Reto Zbinden) "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde"

## Diskussion

**Gemeinderat, Hans-Peter Kohler:** Reto Zbinden hat mich an der letzten Parlamentssitzung noch beauftragt, zu rechnen, wie viel das Ganze wegen dieses Spez. Sek.-Vorstosses gekostet hat, welcher dann ja zurückgezogen worden ist. Denn wäre dieser nicht behandelt worden, dann hätte wohl keine Sitzung stattgefunden, denn wir wären ja nicht lediglich für eine Fristverlängerung plus noch einem Traktandum aufgeboten worden.

Ich danke Gemeindeschreiber Pascal Arnold, welcher die ganze Zusammenstellung gemacht hat - Stichwort "Motionsprüfung, Abklärung intern, Abklärung extern, Abklärung in der Stabsabteilung Recht, Mitberichte und auch die Behandlung im Parlament". Das Preisschild lautet zusammengerechnet auf CHF 8'742.50. Das hat das Ganze gekostet. Also knapp CHF 9'000.

**Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler:** Das Parlamentsbüro hat den Terminplan der Sitzungen 2024 festgelegt. Ihr habt diesen bekommen. Der Terminplan ist online auf der Website einsehbar.

Die Auswertung der Umfrage zu den Parlamentssitzungen hat ergeben, dass die Parlamentssitzungen wie bisher jeweils am Montag, um 19.00 Uhr, stattfinden.

Am 17.8.2023 findet ein Treffen der Fraktionspräsidien mit dem Parlamentspräsidium statt. Bitte wendet euch an eure Fraktionspräsidien, wenn ihr Anliegen zum Parlamentsbetrieb habt. Diese werden an der Sitzung besprochen.

Soweit von meiner Seite. Dann treffen wir uns nächste Woche zur 2. Parlamentssitzung von diesem Monat – gleicher Ort, gleiche Zeit. Besten Dank und schönen Abend. Kommt gut nach Hause.

**Im Namen des Parlaments**

Tatjana Rothenbühler  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament